

ite 22
von der
n. Helmer
offen ober
en Rötter
den an un
Beifall be
führungen.
Agitation
den In
schluß der
ist für die
n Bemöhen
Vorschläge
für einer
schlagenen
de Genöde
den Be
panfieren
ten sollen.
S. 10.)
u. 7
er!
ordill.
88 Pf.
taffel
isch
22, 3.

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringenlohn monatlich 80 Pf. Täglich die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Verlagszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 232.

Dresden, Montag den 6. Oktober 1913.

24. Jahrg.

Sämtliche organisierten Glasarbeiter in Borsig wurden von den Unternehmern ausgesperrt.

Die englischen Arbeiter sandten den Dubliner Streikenden ein zweites Schiff mit Lebensmitteln.

Die englischen Post- und Telegraphenangestellten sind in eine Absperrbewegung eingetreten.

Der Aufstand der Albanier wird als niedergeworfen betrachtet.

Die türkische Presse hegt zu einem schärfsten Vorgehen gegen Griechenland.

Spanien und Frankreich.

Von unserem Korrespondenten.

gr. Paris, 4. Oktober.

Spanien und Frankreich sind auf dem Wege, sich in die Arme zu fassen und ein Freundschaftsbündnis zu schließen. Wenn man sich noch der außerordentlich blühigen Polemiken erinnert, die vor etwa einem Jahre die bürgerliche Presse der beiden Länder gegeneinander führte, als sich in Madrid die Verhandlungen über Marokko zwischen der spanischen Regierung und dem französischen Gesandten Geofroy immer wieder in die Länge zogen und Spanien, hinter dem England stand, gewissen französischen Forderungen den hartnäckigsten Widerstand entgegensetzte, dann wirkt die Schnelligkeit, mit der sich die Versöhnung vollzog, überraschend. Und doch mußte sie weder kommen, der die Vorgänge in der inneren und in der äußeren Politik Spaniens und Frankreichs richtig bewertete. Die Regierungen und die kapitalistisch tätigen Klassen der beiden Länder hatten alles Interesse daran, der Periode der „Rißverständnisse“ ein Ende zu bereiten; und Spanien in erster Linie.

Wenn die Langer-Frage eine Zeitlang die Spannung zwischen Madrid und Paris im Jahre 1912 stark genug erhöhte, daß ein Abbruch der Verhandlungen mehrere Male angefündigt wurde, so waren daran weniger der böse Wille Spaniens schuld, oder die Hartnäckigkeit jener Schicht spanischer Großkapitalisten, die zum Marokko-Zug gedrängt hatten, als der Einfluß Englands, das unter allen Umständen verhindern wollte, daß Langer eine französische Stadt würde. Nachdem jedoch diese Frage gelöst war, und zwar nicht zu Gunsten Frankreichs, nachdem es sich sehr bald gezeigt hatte, daß den Spaniern die nötigen Betriebsmittel zur kapitalistischen Ausbeutung der ihnen zugesprochenen marokkanischen Landesteile fehlten, hatte England seinen Grund mehr, einer Annäherung der beiden Staaten irgendwelche Hindernisse entgegenzusetzen. Die sofort nach dem Abschluß des französisch-spanischen Marokkovertrages erfolgte Kündigung einer Verleumdungsbroschüre des neugewählten Präsidenten Poincaré nach Madrid machte fernstehende Verblüffung. „Kenner“ hatten etwas Technisches erwarten müssen. Für die innere Entwicklung Spaniens kann die engere Freundschaft mit der französischen Republik von großer Bedeutung werden.

Seitdem Moura und damit die konservativ-merikale Partei in Spanien die Macht verlor und der Liberalismus seine Nachfolge übernahm, war es sicher, daß Spanien sich auf internationalem Gebiet nicht mehr vollkommen passiv verhalten würde. Innerpolitische und innerwirtschaftliche Gründe mußten es einem Teil der maßgebenden Regierungs- und Finanzkreise wünschenswert erscheinen lassen, „draußen“ einen Anstoß zu finden, der ihren Zielen nützlich sein konnte. Und die Ziele des Liberalismus, zu denen u. a. die Großindustriellen Kataloniens gehören, sind sehr mannigfaltiger Art: im Interesse der bürgerlichen Schichten, aus denen er sich zusammensetzt, liegt es vor allem, daß die Industrialisierung Spaniens, zu der in verschiedenen Gegenden kräftige Anlagen vorhanden sind, rascher vorwärts getrieben wird als bisher. Dazu ist es nötig, daß die Liberalen sich am Ruder erhalten. Die Entwicklung der letzten Jahre war ihnen nun außerordentlich günstig. Das Umschwenken Alfonsos, dem die Portugiesische Revolution einen ebenso mächtigen Respekt eingeflößt hat wie das Wachstum der sozialistischen Bewegung in Spanien, und der außerdem durch seine Gattin liberaleren Einflüssen vom englischen Hof zugänglicher gemacht wurde, verhinderte es, daß die Konservativen, die Partei der Großgrundbesitzer, schon wieder die Regierung in die Hände bekämen. Der Verrat einer Reihe von ministeriellen Kräften besserer Republikaner, wie Melquiades d'Alvarez, Azorete u. a., die nach dem Tode von Canalejas ins Lager der liberalen Monarchisten überliefen, schwächte den soviel schon wenig angehenden bürgerlichen Republikanismus und stärkte den sogenannten „Linkoliberalismus“, für den der Nachfolger von Canalejas im Ministerpräsidenten, der antiklerikale Graf Romanones, wohlklingende Formeln fand.

Solange die Merkmal-Konservativen herrschten, war an ein „Bündnis“ mit Frankreich nicht zu denken: sie hielten in ihm sowohl die antiklerikale Republik als den „Sanfter“, der mit seinen Milliarden nur denen nützen konnte, die in Spanien entweder die große agrarische Stillstandspolitik durch eine aktive Bewässerungs- und Aufforstungspolitik überwinden möchten, oder denen, die durch eine Industrialisierung

des Landes eine Abwanderung der Arbeitskräfte vom bäuerlichen Dorf nach der Fabrikgegend herbeizurufen drohen, wodurch die heiligsten und ältesten Ausbeuterinteressen der bisher allmächtigen Großgrundbesitzer gefährdet würden.

Und wenn die Konservativen auch nicht ernsthaft daran dachten, mit irgendeinem andern Land, dessen politischer Charakter ihnen angenehmer war, einen Bund zu schließen, so schickten sie doch liebevoll nach Deutschland hinüber.

Die Liberalen dagegen, die keineswegs „deutschlandfeindlich“ sind (alle Spanier bewundern Deutschlands staatliche und industrielle Organisation), hatten geradezu ein parteipolitisches Interesse daran, das Verhältnis zu Frankreich so freundschaftlich wie möglich zu gestalten.

In gewissen offiziellen Kreisen Frankreichs dachte man zweifellos an ein militärisches Schutz- und Trutzbündnis — wenn es auch der französischen Hochfinanz, die z. B. schon im spanischen Eisenbahnen ein gewichtiges Wortlein mitzusprechen hat, in erster Linie darum zu tun sein mag, sich ein neues Gläubiger-Volk zu schaffen und dadurch z. B. auch den Russen, die über zwanzig französische Milliarden haben, zu verhelfen zu geben, das alles, was in der letzten Zeit hinter den Kulissen zwischen Frankreich und Rußland vorging, in den sooffensivsten der Großbanken sein Echo fand! In Spanien dachte man keine Minute ernsthaft an ein Schutz- und Trutzbündnis, das etwa Alfonsos Monarchie zu einer systematischen Aufrüstungspolitik zwingen würde oder das Verhältnis zu Deutschland aus der Atmosphäre des „Wohlwollens“ in eine Atmosphäre des Mißtrauens bringen könnte. Aus der „weltpolitischen“ Frage wurde ein geschäftlicher Handel. Und es ist anzunehmen, daß es dabei auch bleibt.

Natürlich wird man „offiziell“ eine hochdiplomatische Sprache führen. Es kann natürlich nicht bestritten werden, daß ein Bündnis zwischen Spanien und Frankreich, wie auch keine Partei im geheimen beabsichtigt sein mag, zur „Erhöhung des internationalen Ansehens“ der beiden Staaten bei den übrigen Mächten beiträgt. Aber weitläufige diplomatisch-militärische Betrachtungen anzustellen über die schwerwiegenden „Folgen“ der „neuen Konstellation“, wie es ein Teil der französisch-katholischen und deutschnationalen Presse tut, das heißt dem, was Spaniens und Frankreichs Minister und Staatsoberhäupter in leblich aufgesetzten Reden und Toasten anfänglich und vorbereiten, einen Charakter verleihen, den es nicht hat.

In Frankreich sind übrigens nicht etwa nur Freunde eines Abkommens. Die kürzlich im Süden der Republik veranstalteten Kundgebungen von Wintern, die jetzt schon gegen eine Herabsetzung der Einfuhrzölle auf spanische Weine protestieren, zeigten, wie mißtrauisch ein Teil der ländlichen Bevölkerung den wirtschaftlichen Folgen eines französisch-spanischen Bündnisses entgegenfieht.

Für die Arbeiterklasse der beiden Länder ist kein Grund vorhanden, sich über das, was vorgeht, aufzuregen. Die spanische und die französische Sozialdemokratie haben vor einigen Monaten in einem gemeinsamen Aufruf verkündet, daß sie eine Verständigung der beiden Völker in jeder Hinsicht wünschen, daß der Preis dafür jedoch unter keinen Umständen in einer Militärpolitik bestehen dürfe. So, wie die Dinge heute liegen, scheint es, allem Bonfettlarm und Empfangs-„Zealismus“ zum Trotz, daß ein neues, gewaltiges Geschäft zwischen der goldgelagerten französischen und der ärmeren goldhungrigen Kapitalistenklasse Spaniens vor seinem Abschluß steht.

Paris, 5. Oktober. Kulässig der Madrider Reise, die Präsident Poincaré heute antritt, erklärt das Journal des Débats, die beiden Staaten hätten gewiß gemeinsame Interessen im Mittelmeer und sie verfolgten übereinstimmende Aufgaben in Marokko, aber um bestimmte Verpflichtungen zu übernehmen und gemeinsame militärische Unternehmungen zu kombinieren, dazu fehle vieles. Was Marokko anlangt, so scheint die öffentliche Meinung Spaniens einer Ausdehnung der militärischen Unternehmungen eher feindselig gegenüberzustehen. Das erste Interesse der beiden Regierungen müßte es sein, vor allem die Handelsbeziehungen der beiden Länder zu verbessern, welche gegenwärtig schlecht seien und in Wirklichkeit einem Stillstand entsprächen.

Das „Recht auf Arbeit“.

Die Arbeitslosenfrage ist eine der brennendsten sozialen Fragen der Gegenwart. Sie ist ein Problem und wird es bleiben, solange wir die heutige privatkapitalistische Produktionsweise haben. Die letztere verschuldet die Arbeitslosigkeit und braucht sie, um weiter existieren zu können. Heute wird nicht mehr produziert, um den Bedarf der Menschheit an diesem oder jenem Produkte zu decken, sondern um Profit zu erzielen.

Wie oft kann man selbst in den Kreisen aufklärter Arbeiter die Forderung des Rechts auf Arbeit hören! Diese Forderung nach dem Recht auf Arbeit ist keineswegs neu, vielmehr sehr alt. Sobald mit dem Vorkommen des Kapitalismus sich immer deutlicher und fühlbarer die Begleitererscheinung der Arbeitslosigkeit in empfindlicher Weise zeigte, lautete sie auf und ist bis auf den heutigen Tag nicht verschwunden, trotzdem man damit vom Privatkapitalismus Unmögliches, Unerfüllbares verlangt. Er braucht zu seiner Existenz eine

Kleberarmee. Wie sollte sonst der Unterschied in der Zahl der beschäftigten Arbeiter ausgeglichen werden bei Auftrieb und Abstieg, Hochkonjunktur und Krise in der wirtschaftlichen Entwicklung, die sich doch ununterbrochen folgen?

In der Hochkonjunktur werden alle Muskeln angezogen, wird Tag und Nacht gearbeitet. Dann kommt die Krise, der Abstieg, die Betriebe werden eingeschränkt, unter Umständen selbst stillgelegt. Massenhaft schwillt das Meer der Arbeitslosen an.

Aber abgesehen von diesem Auf- und Niederschwanen, ist die Arbeitslosigkeit eine unabänderliche Begleitererscheinung unserer Produktionsordnung. Auch abgesehen davon, daß nicht alle Berufs gleichzeitig die gleichmäßige Prosperität haben, ist die Arbeitslosigkeit in einem gewissen Maße, wenn auch von wechselnder Intensität, immer vorhanden, wie sich durch Statistiken unzweifelhaft nachweisen läßt. Der Privatkapitalismus vermag, selbst wenn der gute Wille dazu vorhanden wäre, nicht die Produktion zu regeln. Auch die Organisationen zu einer gewissen Regelung der Produktion: Syndikate, Trusts und Kartelle, können das nicht in dem Sinne, daß die Arbeitslosigkeit aufgehoben oder auch nur beschränkt würde. Sie versuchen gewiß eine Regelung der Produktion, aber nur, um diese rentabler zu gestalten, um den Profit der Kapitalisten sicherzustellen. Das ist offen anerkannt worden in der Arbeitszeitung vom 3. März 1908. Es heißt dort:

„Es ist ja geradezu der Zweck der kapitalistischen Syndikate, durch eine Regelung der Produktion, eventuell durch eine Beschränkung der Forderung die Marktpreise festzuhalten.“

Da werden Betriebe stillgelegt, andere zusammengelegt, um die Produktion profitabler zu gestalten. Dadurch wird aber gerade die Arbeitslosigkeit vermehrt statt vermindert.

Freilich wird dadurch auch bewiesen, daß eine Regelung möglich ist, und diese Organisationsformen sind ein Beweis mehr für die ganze Widersinnigkeit der heutigen regellosen Betriebsweise. Friedrich Engels bezeichnet sie ja als eine Art Embryo einer Gesellschaft, in der planmäßig produziert wird, um den Bedarf zu decken. Er sagt:

„In den Trusts schlägt die freie Konkurrenz um ins Monopol, kapitalisiert die planlose Produktion der kapitalistischen Gesellschaft vor der planmäßigen Produktion der hereinbrechenden sozialistischen Gesellschaft. Allerdings zunächst noch zu Ruin und Frommen der Kapitalisten. Hierüber wird die Ausbeutung so handgreiflich, daß sie zusammenbrechen muß.“

So Engels. Und er hat durchaus recht. Wie die Arbeitgeberverbände die Organisationen des Kapitalismus sind, um den Menschen als Arbeiter auszubeuten, so die Trusts und Kartelle, ihn als Konsumenten zu schröpfen.

Die heutige Gesellschaft wird nie das Recht auf Arbeit verwirklichen können. Ließe sie alle Arbeitslosen produzieren, würde eine noch größere Menge unverkäuflicher Waren entstehen und damit immer größere Krisen. Denn die Krisen in der heutigen Zeit entstehen nicht, wie das in früheren, wirtschaftlich unentwickelteren Zeiten und in wirtschaftlich nicht entwickelten Ländern auch in der heutigen Zeit noch der Fall ist, aus dem Mangel, sondern aus dem Ueberfluß an Waren. In Wirklichkeit freilich ist es ja die Unterfunktion des größten Teiles der Menschheit, die die Läger answallen läßt. Wenn alle Menschen alle zum menschenwürdigen Kulturleben notwendigen Dinge sich kaufen könnten, gäbe es weder Krise noch Arbeitslosigkeit.

Das ist ja der ungeheure Widerspruch in unserer Gesellschaft: Weil Ueberfluß, deshalb Mangel! Der Engländer Carlyle hat das drastisch in dem Satz gesagt:

„Auf der einen Seite hunderttausend nackte Rücken, die nicht bekleidet, auf der andern Seite hunderttausend Hemden, die nicht verkauft werden können.“

Im Jahre 1848 machte die provisorische Regierung in Frankreich den Versuch, die Frage: „Hat der Mensch ein Recht auf Arbeit?“ praktisch zu lösen. Am 26. Februar wurde die Errichtung von sogenannten Nationalwerkstätten in Paris beschlossen, die freilich nur für Paris und dessen nähere Umgebung offen standen. Doch erzählt der Direktor Emil Thomas, der eine Geschichte dieses eigenartigen Versuchs geschrieben hat, selbst darin, daß es nicht ein ernsthafter Versuch gewesen ist, sondern nur ein Mittel der Bourgeoisie, die ja bekanntlich die französische Revolution gemacht hat, um die sozialistischen Theorien ad absurdum zu führen durch ein Scheinexperiment. Zum wurden von der Regierung niemals genug Arbeiter zugewiesen. Auch sollten die Arbeiter, deren Zahl sich am 19. Mai 1848 auf die Zahl von 87 942 belief, nur das Recht haben auf Tagelöhnerarbeit (Erdbarbeit). Thomas errichtete auch einige Nachwerkstätten (für Stellmacher, Schuhmacher, Schneider); diese sollen sehr zufriedenstellende Resultate ergeben haben. Später verlangte man auch, die Pariser Arbeiter sollten in den Departements Frankreichs Erdbarbeiten verrichten. (Man wollte die Arbeiter, die man fürchtete, offenbar im Lande zerstreuen.) Darüber kam es zu der furchtbaren Junischlacht, in der die Arbeiter niedergeworfen wurden.

Am 20. Juni 1848 legte Marast dem Ausschusse der Nationalversammlung, der mit der Vorberatung der Verfassung beauftragt war, einen Entwurf vor, in dem das Recht auf Arbeit und Unterstützung unter dieselben verfassungsmäßigen Garantien gestellt war wie das Eigentum. Nach der Junischlacht legte er einen neuen Entwurf vor, der nicht mehr

die Forderung des Rechts auf Arbeit, sondern nur noch auf Unterstützung enthielt. Ein anderer Entwurf von Matthias verlangte: Recht auf Arbeit, Unterricht und Unterstützung. Beide Entwürfe wurden abgelehnt.

Abgelehnt wurden ferner von dem bösen Willen der herrschenden Bourgeoisie den Nationalwerkstätten gegenüber, die von ihnen nicht selbst, sondern nur Mittel zum Zweck waren, wäre das Projekt auch sonst gescheitert, wie alle Versuche gescheitert sind und scheitern müssen, die darauf hinausgehen — um ein Beispiel zu gebrauchen —, in der kapitalistischen Wüste eine sozialistische Oase zu schaffen.

Nebrigens hat man sich in der Frankfurter Nationalversammlung 1848-49 bei der Beratung der Grundrechte des deutschen Volkes, die die Unverletzlichkeit des Eigentums proklamieren, auch mit dem Probleme der Arbeitslosigkeit befaßt. Die fortschrittliche Kammer und Simon stellten Unterentwürfe, die die Anerkennung des Rechts auf Arbeit bezweckten.

Der Antrag Kammer's lautete: „Jeder Deutsche hat ein Recht auf Unterhalt. Dem unfreiwillig Arbeitslosen, welchem keine verwandtschaftliche oder gewohnschaftliche Hilfe wird, muß die Gemeinde bzw. der Staat Unterhalt gewähren, und zwar, soweit irgend möglich, durch Zuweisung von Arbeit.“ (1871, Sitzung vom 8. Februar 1871.)

Der Verbesserungsantrag Simons lautete: „Die Verlosene für mittellose Arbeitsfähige ist Pflicht der Gemeinden bzw. des Staates. Dem unfreiwillig Arbeitslosen muß die Gemeinde bzw. der Staat Arbeit gewähren.“

Beide Entwürfe wurden abgelehnt unter der Motivierung, daß die Verlosene für arbeitsfähige Arme Sache der Gemein- und Armenverwaltung der Gemeinde sei.

Auch Preussens hat in der Sitzung des Reichstages am 9. Mai 1873 bei der Beratung die Verlängerung des Gesetzes über die gemeindefürsorglichen Bestimmungen der Sozialdemokratie (Ausnahmengesetz) vom 21. Oktober 1878 gelangt.

Ich will mich dahin resumieren: Sehen Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, solange er gesund ist, geben Sie ihm Arbeit, solange er gesund ist, sichern Sie ihm Pflege, wenn er krank ist, sichern Sie ihm Versorgung, wenn er alt ist — wenn Sie dies tun und die Opfer nicht scheuen und nicht über Staatssozialismus schreiben, sobald jemand das Wort „Mittelversorgung“ anspricht, wenn der Staat etwas mehr dringende Anträge für den Arbeiter zeigt, dann glaube ich, daß die Herren vom Thedener Programm (Sozialdemokraten) ihre Rockschöße vergebens blasen werden, daß der Lauf zu ihnen sich sehr vermindern wird.“

Eugen Richter wendete sich als Anhänger der Manchestertheorie gegen die Sozialreform. Er sprach sich besonders heftig gegen das Recht auf Arbeit aus, das er für einen schweren Eingriff in „das freie Spiel der Kräfte“ hielt.

Wismar antwortete ihm:

Ich will zunächst die wichtigste Frage beantworten, die er (Richter) überhaupt berührt hat: das Recht auf Arbeit. So, ich erkenne das Recht auf Arbeit unbedingt an und strebe dafür ein, so lange ich auf diesem Wege stehen werde. Ich befinde mich dabei nicht auf dem Boden des Sozialismus, sondern auf dem Boden des preussischen Landrechts. Ist nicht das Recht auf Arbeit zur Zeit der Publikation des Landrechts offen proklamiert? Ist es nicht in unserm ganzen sittlichen Verhältnis begründet, daß der Mann, der an seine Mitbürger tritt und sagt: Ich bin gesund, arbeitsfähig, finde aber keine Arbeit, berechtigt ist, zu sagen: Gebt mir Arbeit? Und daß der Staat verpflichtet ist, ihm Arbeit zu geben?“

Wismar hatte vollkommen recht, als er bestritt, daß das Recht auf Arbeit eine sozialistische Forderung sei und Eugen Richter bekämpfte diese Forderung, um die Unternehmung zu schüben. Denn wenn die Konfuzierung der Arbeiter unter sich völlig ausgeschaltet ist dadurch, daß jeder Arbeitslose Arbeit bekommt, würde natürlich die Macht der Arbeiterklasse und ihr Einfluß auf die Arbeitsbedingungen gewaltig steigen.

Besonders hat der internationale Arbeiterkongress in Kopenhagen sich sehr eingehend mit der Arbeitslosenfrage und auch mit der Frage des Rechts auf Arbeit befaßt.

Die englischen Delegierten verlangten vor allem als erste in der Resolution zu erhebende Forderung die des Rechts auf Arbeit. Die deutschen bekämpften diese Forderung als unsozialistisch. Der Berichterstatter Braun meinte:

„Diese Forderung kann die kapitalistische Gesellschaft nicht erfüllen. Wir müssen deshalb mit Vorkaution die Arbeitslosigkeit in ihren Wirkungen zu mildern suchen. Nicht durch das Recht auf Arbeit, sondern nur durch Abschaffung des Kapitalismus kann die Arbeitslosigkeit allein beseitigt werden.“

Die Engländer beharrten auf ihrer Anschauung, daß das Recht auf Arbeit mit gefordert werden müsse. Es wurde aber bei Stimmzählung der Engländer eine Resolution angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Kongress stellt fest, daß die Arbeitslosigkeit von der kapitalistischen Produktionsweise untrennbar ist. Innerhalb des Systems der kapitalistischen Produktionsweise kann es sich daher nicht um Beseitigung der Arbeitslosigkeit, sondern nur um deren Verminderung und um die Milderung ihrer Folgen handeln.“

Auf denselben Standpunkt stellte sich der Deutsche Gewerkschaftskongress von Dresden und in diesem Jahre der Parteitag in Jena.

In Deutschland ist also diese Frage des „Rechts auf Arbeit“ vollständig geklärt: Es gibt in der Gegenwart keine Möglichkeit, wie die Arbeitslosigkeit und deren Folgen gemildert werden können.

Deutsches Reich.

Liberalismus und Nationalismus.

In Münden wird gegenwärtig die diesjährige Tagung des Verbandes für Internationale Verständigung abgehalten. In einer der vielen Reden, die bei dieser Gelegenheit fielen, sprach Professor Dr. Rippold die Ziele des Verbandes und erklärte:

Der Verband habe sich niemals mit Klavieren und Friedensphantasmen beschäftigt; er prägte sich vielmehr die Aufgabe, in dieser Hinsicht sei er mit der Überzeugung besetzt, daß das deutsche Volk einzig, der Verband bekämpfe auch nicht die

anderen Friedensgesellschaften, er wende sich nur gegen den Nationalismus, der in den Chauvinismus ausartete. Der Verband hat, um ein Bild zu gebrauchen, weder mit dem politischen Missionswerk der Missionen, noch mit der Missionen der Missionen etwas gemein, sondern er bewegt sich auf der mittleren Linie der Temperanz. Er will zwischen den Völkern eine Verständigung herbeiführen, nicht aber den Frieden um jeden Preis. Die Völker sollen gegenseitig voneinander Achtung bekommen, sich aber niemals nachlassen. Festsetzen könne der Verband auch niemals Stellung für die Abschaffung der Kriege überhaupt nehmen. Er beurteilt nur das leichtfertige Hegen zum Kriege. So sei der Redner persönlich der Ansicht, daß ein Krieg zwischen den europäischen Großmächten niemals eine Notwendigkeit werden könnte. Es wäre dies um so mehr zu bedauern, als ein solcher Krieg unendliches Unheil über Europa bringen und selbst den Sieger mit dauerndem Ruin bedrohen würde. Der Verband könne sich nicht, heißt Realpolitiker, nicht abhalten. Eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland hat nicht für Zukunft, sondern für ohne weiteres möglich. Mit der inneren Politik hat der Verband nichts zu tun. Professor Rippold schloß mit den Worten, daß der Gedanke der internationalen Verständigung unbedingt liegen müsse, der unter der Devise stehe: „Für das Vaterland durch die Eintracht der Welt.“ (Wochenschrift „Reich“.)

Eugen wir also nach diesem Dem und Aber, Umschlagen und Wiederumkehr: der Verband ist liberal! Er ist ein Produkt jener Leute, die draußen den Nationalismus bekämpfen und von ihren Vertretern im Reichstag auch die unerhörteste Mißhandlung und konsequenteste Kastration Deutschlands bewilligen lassen. Bedeutung hat der Verband nur, weil auch er ein Beweis dafür ist, daß selbst die liberale Dreifachpartei in den Mann der Friedensidee gezogen wird.

Konservativer Abseignungsversuch.

Es ist unglücklich, mit welcher Unverkennbarkeit die konservative Störrede — die die ganze blaue Provinzprelle füllte — gerichtlich festgestellte Tatsachen abzulugnen versucht. Vor einigen Tagen fand nämlich in der medienberühmten Stadt Waren ein Verleumdungsprozess des fortschrittlichen Abgeordneten Wendorf gegen den dortigen konservativen Parteisekretär Jordan statt. In diesem Prozess wurde augenblicklich festgestellt, daß der Vorsitzende des konservativen Vereins in Waren, der Wauermeister Reinhold, zu einem ihm bekannten Sozialdemokraten gegangen ist und mit diesem gesprochen hat über die damals bevorstehende Reichstagswahl bzw. über das Zusammengehen bei dieser. Diese Tatsache der Unterredung hat die konservative Presse selbst in ihren Prozessberichten mitgeteilt. Sie brachte dann hinterher zur Entschuldigend des konservativen Unterhändlers eine Erklärung des Kreisvorsitzenden der Konservativen, eines Herrn v. Grundlach, worin gesagt wurde, der konservative Vereinsvorsitzende habe jene Unterredung nur als eine private gepflogen. Die Tatsache an sich wurde also nicht zu bestreiten genagt. Aber jetzt bringt die konservative Störrede (Nr. 79) eine „authentische Darstellung“, in der mit der Wahrheit geradezu Schändliches getrieben wird! Es wird nämlich schlankwegs diese Unwahrheit verkündet:

„Schließlich haben sowohl der Vorsitzende des sozialdemokratischen Kreisvereins, wie noch ein anderes als heute genanntes Mitglied der Sozialdemokratie im Kreis Walschin-Waren vor Gericht unter ihrem Eide ausgesagt, daß zwischen ihnen und Herrn Wauermeister Reinhold niemals eine Unterredung stattgefunden hat.“

Dieser offenkundige Schwindel drückt nun die konservative Provinzprelle nach, sogar die Zunftorgane, die vor ein paar Tagen mit der Wiedergabe der Erklärung des Herrn v. Grundlach und vorher mit dem Prozessbericht die Tatsache der stattgefundenen Unterredung selbst veröffentlicht haben!

Angeht dieses erhaunlich dreisten Verdunkelungsmanövers der Konservativen sei hier mitgeteilt, was die liberale Wochenschrift über die Jungenernennung vor dem Schöffengericht in Waren ausführlich berichtet. Es ist dort zu lesen:

„Junge Wöller (Soz.) sagt aus: Zwischen Saubel- und Stichholz hat Herr Reinhold über die Vorstände des konservativen Kreisvereins zu mir und hat mich, daß für zu sorgen, daß meine politischen Freunde in der Sitzung des Herrn v. Wolkan wählen möchten, da dann nachher wieder die Wauerarbeiten für die Wirtschaft Vorstände wieder nach Walschin kommen würden, was das auch für die Wauer- und Zimmerleute gut sein würde. Ich habe Reinhold erwidert, daß das wohl nicht in seiner Macht stehe und daß mir übrigens für die Entscheidung besondere Bedingungen stellen. Da sagte Reinhold, er wolle sich mit den Liberalen ein Stichwahlkommen geschlossen haben. Ich antwortete: Es seien Verhandlungen im Gange, aber noch nicht abgeschlossen. Da sagte Reinhold: Soeh beziehe. Welches sind Ihre Bedingungen? Ich erwiderte: Die vom Jänner Verteilung aufschließen. Reinhold erwiderte dies zu lesen. Ich gab sie ihm. Er las sie durch und meinte: Den ersten Teil derselben würde Herr v. Wolkan wenigstens auch unterschreiben. Den letzten dagegen nicht. Den würden auch die Liberalen wohl nicht unterschreiben. Ich habe Reinhold dann gesagt, ich sei für weitere Verhandlungen nicht zuständig, er wolle sich an unsern Vorsitzenden Arbeiter Johann Krüger wenden. Auf Befragen durch den Richter sagt Wöller aus: Ich bin jetzt nicht Vorstandsmitglied des sozialdemokratischen Vereins. Ich war es aber bis vor einigen Jahren.“

Der Arbeiter Johann Krüger (Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins) sagt aus: Ich habe von meiner Frau, daß zwischen Saubel- und Stichwahl Reinhold mich habe sprechen wollen.“

Jungin Frau Krüger sagt aus: Herr Reinhold war zwischen Saubel- und Stichwahl in unserm Hause und wollte mit einem Mann sprechen. Der war aber nicht zu Hause.“

In ihrer Nummer 80 kommt die konservative Korrespondenz noch einmal in einer Polemik gegen die Frankfurter Zeitung auf die Angelegenheit zu sprechen und behauptet abermals:

„Sowohl der Herr Wauermeister Reinhold, der als die Persönlichkeit genannt worden war, die angeblich mit Vertretern der Sozialdemokratie in Verbindung getreten sein sollte, wie die Führer der Sozialdemokratie selbst in jenem Kreis haben vor Gericht unter ihrem Eide ausgesagt, daß niemals zwischen ihnen eine Unterredung stattgefunden hat, geschweige denn eine auf die Reichstagswahlen bezügliche Vereinbarung getroffen worden ist.“

Dreister kann die Wahrheit allerdings nicht auf den Kopf gestellt werden.

Allerhand Terrorismus.

Durch die nationalliberale Presse geht ein Ruf aus des neugewählten Reichstagsabgeordneten und bekannten Hauertumsführers Dr. Karl Böhm, der sich im Hinblick auf die bevorstehende Zusammenkunft der nationalliberalen Fraktion in Wiesbaden mit der Frage eines stärkeren gesetzlichen Schutzes gegen den Terrorismus beschäftigt. Herr Dr. Böhm will es dahingestellt sein lassen, ob die Frage des Streikpostensens als parzialistischen Gründen von diesen

Seiten nur aufgebaut ist oder ob tatsächlich Mißstände vorliegen, die ohne eine Milderung der bestehenden Gesetzgebung nicht beseitigt werden können. Dafür wendet er sich in seinem weiteren Ausführungen desto nachdrücklicher dem konservativen Wahlterrorismus zu, gegen den es so gut wie gar keinen gesetzlichen Schutz gebe:

In weiten Kreisen unseres deutschen Vaterlandes, in den Gegenden des Rheinlandes, sind die beim Streikpostensens getragenen Mißstände so gut wie unbekannt. Jede Klar aber liegen dort die Verhältnisse auf dem Gebiet des Wahlterrorismus, der in der Regel vom Großgrundbesitz und dem ihm politisch nahestehenden Kreisen ausgeht. Die Gesetzgebung des Streikpostensens nur dann, wenn Bedrohungen stattgefunden haben mit Mitteln, deren Anwendung an sich strafbar wäre. Jeder andere Terrorismus bleibt straflos. Diese Mängel der Gesetzgebung haben sich besonders in der letzten Zeit bemerkbar gemacht. Der scharfe Kampf, in dem sich seit längerer Zeit der Bund der Landwirte und die konservative Partei befinden, hat dort in hohem Maße Erscheinungen ausgelöst, wie sie früher nur ausnahmsweise anzutreffen traten. Der aufmerksam in der Presse die politischen Vorgänge verfolgt hat, muß feststellen, daß in den letzten Jahren Bestrafungen aus politischen Anlässen wegen Verleumdungen usw. im konservativen Lager in ganz außerordentlichem Maße stattgefunden haben. Man kann sagen, daß auf eine Verstrafung im Lager sämtlicher übrigen Parteien, Liberale, Zentrum, Sozialdemokraten zusammen, mindestens zwei oder drei Verstrafungen von Konservativen wegen politischer Vergehen stattgefunden haben. Dabei spielen Elemente der konservativen Partei, Redakteure usw. eine ganz hervorragende Rolle.

Herr Dr. Böhm führt dann eine Reihe von Fällen an, in denen die Freiheit der Wähler von der herrschenden Großgrundbesitzerklasse gräßlich vergewaltigt worden ist, Fälle, die sich alljährlich ereignen, und kommt dann zu folgenden Schlussfolgerungen:

Jeder wird zugeben müssen, will man auf dem Gebiete des Streikpostensens die Gesetzgebung verschärfen, bei dem es sich schließlich um Arbeitskämpfe handelt, bei denen eine minderbemittelte Klasse um ihre wirtschaftliche Existenz ringt, so erscheint es noch weit freier, wenn gewisse Schichten der Bevölkerung ihre wirtschaftliche Macht ausnutzen, um den unermittelten Staatsbürger die Ausübung des Wahlrechts zu verweigern. Es erscheint deshalb dringend notwendig, nicht nur einseitig in den Vordergrund der Diskussion die Streikpostensens zu rufen. Auf dem hier erörterten Gebiet liegen die Verhältnisse unendlich klarer, der Terrorismus ist weit brutaler und diejenigen, die ihn treiben, können sich nicht die Widerungsgründe in Anspruch nehmen, die dort die Herkunft und soziale Stellung mit sich bringen.

So verweist der nationalliberale Abgeordnete die konservativen Ankläger dorthin, wohin sie selber gehören, auf die Inklagebank. Und es ist erfreulich, daß diese sich über Terrorbeklagenden Terroristen auch einmal von nationalliberaler Seite ins rechte Licht gesetzt worden sind.

Die preisgegebene Bauernlegende.

Eine alte Lüge gegen die Sozialdemokratie gibt die Kreuzzeitung preis, indem sie sich in einem Artikel gegen den Bodenreformer Damaskoff für eine zunehmende Verstaatlichung des Grund und Bodens erklärt. Sie schreibt:

Von einer Verstaatlichung des Bodens wollte Herr Damaskoff in Straßburg nichts wissen. Aus einer Folge konnte die Verstaatlichung haben: dem bodenständigen Menschen das Recht, die persönliche Freiheit zu rauben. Wir wollen nicht in Erörterungen darüber eintreten, ob das wirklich die Folge der Verstaatlichung des Grund und Bodens sein mußte. Aber wir meinen doch, daß eine Verstaatlichung von Grund und Boden in größerem Umfang als gegenwärtig als Mittel gegen die fortschreitende Kapitalisierung der ländlichen Grundrente in Erwägung gezogen werden könnte. Herr Damaskoff verlor in Straßburg den Brief eines Ansehlers an die Anhebungsbehörde, er habe das ihm billig gegebene Staatsland mit Vorteil verkauft; wenn er wieder solchen Boden hätte, sei er zu einem solchen Geschäft gerne bereit. Diese Kapitalisierung der Grundrente wäre nicht möglich gewesen, wenn der Staat das Land nach Maßgabe vergeben hätte. Würde der zukunftsreiche ländliche Besitz vom Staate erworben und in langjährigen Raten wieder vergeben, so könnte man darin wohl einen Gebunungsprozess sehen.

Unzählige Male haben konservative Agitatoren die Sozialdemokratie beschuldigt, sie wolle durch Überführung des Grund und Bodens in Allgemeinbesitz die Selbstständigkeit vernichten und den Bauer von seiner Scholle treiben“. Nun hat die konservative Partei nicht nur dem habsburgischen Enteignungsgesetz zugestimmt, durch das wirklich Gutsbesitzer von ihrer Scholle getrieben werden, ihr Organ tritt jetzt auch für zunehmende Bodenverstaatlichung ein und bekämpft ausdrücklich die Vorstellung, als ob den auf Staatsland eingetragenen Landbesitzern das Verwüsten der persönlichen Freiheit geraubt würde.

Was bleibt von der antijohannisdemokratischen Bauernlüge da eigentlich noch übrig?

Der neue Krupp-Prozess.

In dem auf den 23. Oktober und folgende Tage anberaumten Krupp-Prozess werden sich, wie schon mitgeteilt, der frühere Richter des Berliner Bureau der Firma Krupp, Maximilian Brandt und einer ihrer Direktoren, dem die Leitung der Abteilung für inländisches Kriegsmaterial unterstellt war, Direktor Cerius, zu betanworten haben.

Brandt wird beschuldigt, daß er durch Bewirtung sowie durch Gewährung von Darlehen und Weihnachtsgeschenken an die im Militärprozess erster Instanz angeklagten Militärpersonen diese zu ihren Willkürungen an ihn bestochen habe und daß er ferner durch diese Militärpersonen sich Nachrichten beschafft habe, die im Interesse der Landesverteidigung geheim gehalten werden mußten. Dagegen erkennt die Anklage an, ebenso wie dies bereits durch das kriegsgerichtliche Urteil festgestellt worden ist, daß eine Gefährdung der Sicherheit des Reiches durch Brandt weder beabsichtigt noch herbeigeführt worden ist, indem alle Nachrichten, die Brandt sich beschafft und seiner Firma weiter übermittelte, dieser gegenüber mit Rücksicht auf ihre engen Beziehungen zur Militärverwaltung als Geheimnis nicht in Betracht kamen, weil die Firma diese Nachrichten auch ohne die Vermittlung Brandts teils längst erlangt hatte, teils auch auf offiziellen Wege hätte erlangen können.

Dem Direktor Cerius, als dem kaufmännischen Leiter der gesamten Kriegsmaterialabteilung der Firma, wird zur Last gelegt, daß er den Angeklagten Brandt bei den inkriminierten Handlungen unterstützt habe, indem er die Verantwortung für die Verletzung des Geheimnisses in seiner Stellung sowie für dessen Verletzung trage. Dagegen wird von der Anklage nicht angenommen, daß Cerius von dem eingekerkerten Brandt zur Last gelegten Handlungen Kenntnis gehabt oder überhaupt wissenden Personen, mit denen Brandt in Verbindung stand, auch nur gelangt habe. Dagegen tritt er dem Inhalt der Aussagen Brandts, die zu einem gewissen

die Forderung des Rechts auf Arbeit, sondern nur noch auf Unterstützung enthielt. Ein anderer Entwurf von Mathias verlangte: Recht auf Arbeit, Unterricht und Unterstützung. Beide Entwürfe wurden abgelehnt.

Abgegeben übrigens von dem bösen Willen der herrschenden Bourgeoisie den Nationalwerkstätten gegenüber, die von ihnen nicht selbst, sondern nur Mittel zum Zweck waren, wäre das Projekt auch sonst gescheitert, wie alle Versuche gescheitert sind und scheitern müßten, die darauf hinausgehen — um ein Beispiel zu gebrauchen —, in der kapitalistischen Wüste eine sozialistische Oase zu schaffen.

Hebrigens hat man sich in der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 bei der Beratung der Grundrechte des deutschen Volkes, die die Unverletzlichkeit des Eigentums proklamieren, auch mit dem Probleme der Arbeitslosigkeit befaßt. Die Fortschrittler Kautz und Simon stellten Unteranträge, die die Anerkennung des Rechts auf Arbeit bezweckten.

Der Antrag Kautz lautete: Jeder Deutsche hat ein Recht auf Unterhalt. Dem unfreiwillig Arbeitslosen, welchem keine verwandtschaftliche oder genossenschaftliche Hilfe wird, muß die Gemeinde bzw. der Staat Unterhalt gewähren, und zwar, soweit irgend möglich, durch Zuweisung von Arbeit." (109. Sitzung vom 8. Februar 1849.)

Der Verbesserungsantrag Simons lautete: Die Vorläufe für mittellose Arbeitsfähige ist Pflicht der Gemeinden bzw. des Staates. Dem unfreiwillig Arbeitslosen muß die Gemeinde bzw. der Staat Arbeit gewähren.

Seide Anträge wurden abgelehnt unter der Motivierung, daß die Vorläufe für arbeitsfähige Arme Sache der Gemein- und Armenangelegenheit der Gemeinde sei. Auch Bismarck hat in der Sitzung des Reichstages am 9. Mai 1881 bei der Beratung über die Verlängerung des Gesetzes gegen die arbeitsfähigen Bettelnden der Sozialdemokratie (Ausnahmefälle) vom 21. Oktober 1878 geäußert:

„Ich will mich dahin erklären: Geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, solange er gesund ist, geben Sie ihm Arbeit, solange er gesund ist, sichern Sie ihm Pflege, wenn er krank ist, sichern Sie ihm Versorgung, wenn er alt ist — wenn Sie dies tun und die Opfer nicht scheuen und nicht über Staatsfiskalismus schreien, sobald jemand das Wort „Arbeitslosigkeit“ ausspricht, wenn der Staat etwas mehr dringende Hilfe für den Arbeiter zeigt, dann glaube ich, daß die Herren vom Hydnener Programme (Sozialdemokraten) ihre Kostprobe vergebens blasen werden, daß der Lauf zu ihnen sich sehr vermindern wird.“

Eugen Richter wandte sich als Anhänger der Manchestertheorie gegen die Sozialreform. Er sprach sich besonders heftig gegen das Recht auf Arbeit aus, das er für einen schweren Eingriff in „das freie Spiel der Kräfte“ hielt.

Bismarck antwortete ihm: „Ich will zunächst die wichtige Frage beantworten, die er (Richter) überhaupt berührt hat: das Recht auf Arbeit. Ja, ich erkenne das Recht auf Arbeit unbedingt an und stehe dafür ein, so lange ich auf diesem Plage stehen werde. Ich bedinke mich dabei nicht auf dem Boden des Sozialismus, sondern auf dem Boden des preussischen Landrechts. Ist nicht das Recht auf Arbeit zur Zeit der Publikation des Landrechts offen proklamiert? Ist es nicht in unserm ganzen sittlichen Verhältnis begründet, daß der Mann, der an seine Mitbürger tritt und sagt: Ich bin gesund, arbeitsfähig, finde aber keine Arbeit, berechtigt ist, zu sagen: Gebt mir Arbeit? Und daß der Staat verpflichtet ist, ihm Arbeit zu geben?“

Bismarck hatte vollkommen recht, als er bestritt, daß das Recht auf Arbeit eine sozialistische Forderung sei und Eugen Richter bekämpfte diese Forderung, um die Unternehmung zu schützen. Denn wenn die Konkurrenz der Arbeiter unter sich völlig ausgeschaltet ist dadurch, daß jeder Arbeitslose Arbeit bekommt, würde natürlich die Macht der Arbeiterklasse und ihr Einfluß auf die Arbeitsbedingungen gewaltig steigen.

Bekanntlich hat der internationale Arbeiterkongress in Stockholm sich sehr eingehend mit der Arbeitslosenfrage und auch mit der Frage des Rechts auf Arbeit befaßt.

Die englischen Delegierten verlangten vor allem als erste in der Resolution zu erhebende Forderung die des Rechts auf Arbeit. Die deutschen bekämpften diese Forderung als unsozialistisch. Der Berichterstatter Braun meinte:

„Diese Forderung kann die kapitalistische Gesellschaft nicht erfüllen. Wir müssen deshalb mit Palliativmitteln die Arbeitslosigkeit in ihren Wirkungen zu mildern suchen. Nicht durch das Recht auf Arbeit, sondern nur durch Abschaffung des Kapitalismus kann die Arbeitslosigkeit allein beseitigt werden.“

Die Engländer beharrten auf ihrer Anschauung, daß das Recht auf Arbeit mit gefordert werden müsse. Es wurde aber bei Stimmabgabe der Engländer eine Resolution angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Kongress stellt fest, daß die Arbeitslosigkeit von der kapitalistischen Produktionsweise untrennbar ist. Innerhalb des Systems der kapitalistischen Produktionsweise kann es sich dabei nicht um Beseitigung der Arbeitslosigkeit, sondern nur um deren Verminderung und um die Milderung ihrer Folgen handeln.“

Auf denselben Standpunkt stellte sich der Deutsche Gewerkschaftskongress von Dresden und in diesem Jahre der Parteitag in Jena.

In Deutschland ist also diese Frage des „Rechts auf Arbeit“ vollständig geklärt: Es gibt in der Gegenwart kein Recht auf Arbeit! Es handelt sich nur noch darum, wie die Arbeitslosigkeit und deren Folgen gemildert werden können.

Deutsches Reich.

Liberalismus und Nationalismus.

In Nürnberg wird gegenwärtig die diesjährige Tagung des Verbandes für Internationale Verknüpfung abgehalten. In einer der vielen Reden, die bei dieser Gelegenheit fielen, umriß Professor Dr. Nippold die Ziele des Verbandes und erklärte:

Der Verband habe sich niemals mit Klagen und Friedensphantasien beschäftigt; er prägte nicht den Verbandsgeist. In dieser Hinsicht sei er mit der Überzeugung des deutschen Volkes einig. Der Verband kämpfe auch nicht die

anderen Friedensgesellschaften, er wende sich nur gegen den Nationalismus, der in den Chauvinismus ausartete. Der Verband hat, um ein Bild zu gebrauchen, weder mit dem politischen Kosmopolismus der Willkürlichen, noch mit der Willkür der Temperenzler. Er will zwischen den Willkürlichen der Temperenzler etwas gemein, sondern er bewegt sich auf der mittleren Linie der Temperenzler. Er will zwischen den Willkürlichen der Temperenzler etwas gemein, sondern er bewegt sich auf der mittleren Linie der Temperenzler. Er will zwischen den Willkürlichen der Temperenzler etwas gemein, sondern er bewegt sich auf der mittleren Linie der Temperenzler.

Eugen wir also nach diesem Vorn und Aber, Umfallen und Wiederaufstehen: der Verband ist liberal! Er ist ein Produkt jener Leute, die draußen den Nationalismus bekämpfen und von ihren Vertretern im Reichstag auch die unerhörteste Willkürvorlage und konsequente Konfirmierung Deutschlands bewilligen lassen. Bedeutung hat der Verband nur, weil auch er ein Beweis dafür ist, daß selbst die liberale Dreifachpartei in den Mann der Friedensliebe gezogen wird.

Konfessioneller Ablehnungsversuch.

Es ist unglücklich, mit welcher Unverfrorenheit die Konfessionelle Korrespondenz — die die ganze blaue Provinzpresse füttert — gerichtlich festgestellte Tatsachen abzuleugnen versucht. Vor etlichen Tagen fand nämlich in der mecklenburgischen Stadt Waren ein Verleumdungsprozess des fortschrittlichen Abgeordneten Wendorf gegen den dortigen konservativen Parteisekretär Jordan statt. In diesem Prozess wurde es gerichtlich festgestellt, daß der Vorsitzende des konservativen Vereins in Waren, der Kammermeister Reinholz, zu einem ihm bekannten Sozialdemokraten gegangen ist und mit diesem gesprochen hat über die damals bevorstehende Stichwahl bzw. über das Zusammengehen bei dieser. Diese Tatsache der Unterredung hat die Konfessionelle Presse selbst in ihren Prozessberichten mitgeteilt. Sie brachte dann hinterher zur Entschuldigung des konservativen Unterhändlers eine Erklärung des streitvorliegenden der Konservativen, eines Herrn v. Gundlach, worin gesagt wurde, der konservativ Verein vorstehende habe jene Unterredung nur als eine private gepflogen. Die Tatsache an sich wurde also nicht zu bestreiten gemagt. Aber jetzt bringt die Konfessionelle Korrespondenz (Nr. 9) eine „authentische Darstellung“, in der mit der Wahrheit geradezu Schindluder getrieben wird! Es wird nämlich schlankweg diese Unwahrheit verkündet:

„Schließlich haben sowohl der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins, wie noch ein anderer als Junge genanntes Mitglied der Sozialdemokratie im Kreise Waidin-Waren vor Gericht unter ihrem Eide ausgesagt, daß zwischen ihnen und Herrn Kammermeister Reinholz niemals eine Unterredung stattgefunden hat.“

Diesem offenkundigen Schwindel drückt nun die Konfessionelle Provinzpresse nach, sogar die Junkerorgane, die vor ein paar Tagen mit der Wiedergabe der Erklärung des Herrn v. Gundlach und vorher mit dem Prozessbericht die Tatsache der stattgefundenen Unterredung selbst veröffentlicht haben! Angesichts dieses erstaunlich dreisten Verdunkelungsmanövers der Konservativen sei hier mitgeteilt, was die liberale Wochenschrift über die Jugenvernehmung vor dem Schöffengericht in Waren ausführlich berichtet. Es ist dort zu lesen:

„Junge Wölfer (Soz.) sagt aus: Zwischen Haupt- und Stichwahl hat Herr Reinholz (der Vorsitzende des konservativen Vereins) zu mir und hat mich, das für zu sorgen, daß meine politischen Freunde in der Stichwahl Herrn v. Nalhan wählen möchten, da dann möglicherweise die Wählerarbeiten für die Grasschaft Waidin wieder nach Waidin kommen würden, was doch auch für die Wähler und Wählerarbeit gut sein würde. Ich habe Reinholz erwidert, daß das wohl nicht in seiner Macht liege und daß wie übrigens für die Stichwahl besondere Bedingungen stellten. Da fragte Reinholz, ob wir schon mit den Liberalen ein Stichwahlabkommen geschlossen hätten. Ich antwortete: Es seien Verhandlungen im Gange, aber noch nicht abgeschlossen. Da sagte Reinholz: Soch besitze. Welches sind Ihre Bedingungen? Ich erwiderte: Die vom Jenerer Vorkreis angekauften. Reinholz verlangte diese zu lesen. Ich gab sie ihm. Er las sie durch und meinte: Den ersten Teil derselben würde Herr v. Nalhan wenigstens auch unterschreiben. Den letzten dagegen nicht. Den würden auch die Liberalen wohl nicht unterschreiben. Ich habe Reinholz dann gesagt, ich sei für weitere Verhandlungen nicht zugänglich, er müsse sich an unsern Vorsitzenden Arbeiter Johann Krüger wenden. Auf Befragen durch den Richter sagt Wölfer aus: Ich bin jetzt nicht vorstandsmitglied des Sozialdemokratischen Vereins. Ich war es aber bis vor einigen Jahren.“

Der Arbeiter Johann Krüger (Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins) sagt aus: Ich hätte von meiner Frau, daß zwischen Haupt- und Stichwahl Reinholz mich habe sprechen wollen.

Jugender Frau Krüger sagt aus: Herr Reinholz war zwischen Haupt- und Stichwahl in unserm Hause und wollte mit meinen Mann sprechen. Der war aber nicht zu Hause.“

In ihrer Nummer 80 kommt die Konfessionelle Korrespondenz noch einmal in einer Polemik gegen die Frankfurter Zeitung auf die Angelegenheit zu sprechen und behauptet abermals:

„Sowohl der Herr Kammermeister Reinholz, der als die Verantwortlich genannt worden war, die angeblich mit Vertretern der Sozialdemokratie in Verbindung getreten sein sollte, wie die Führer der Sozialdemokratie selbst in jenem Kreise haben vor Gericht unter ihrem Eide ausgesagt, daß niemals zwischen ihnen eine Unterredung stattgefunden hat, geschweige denn eine auf die Reichstagswahlen bezügliche Vereinbarung getroffen worden ist.“

Dreister kann die Wahrheit allerdings nicht auf den Kopf gestellt werden.

Allerhand Terrorismus.

Durch die nationalliberale Presse geht ein Wulst des neugewählten Reichstagsabgeordneten und bekannten Konservativen Dr. Karl Böhm, der sich im Hinblick auf die bevorstehende Zusammenkunft der nationalliberalen Fraktion in Wiesbaden mit der Frage eines stärkeren gesetzlichen Schutzes gegen den Terrorismus beschäftigt. Herr Dr. Böhm will es dahingestellt sein lassen, ob die Frage des Streikpotenzials aus parteipolitischen Gründen von diesen

Seiten nur aufgebaut ist oder ob tatsächlich Missstände vorliegen, die ohne eine Änderung der bestehenden Gesetzgebung nicht beseitigt werden können. Dafür wendet er sich in seinen weiteren Ausführungen desto nachdrücklicher dem konfessionellen Wahlterrorismus zu, gegen den es so gut wie gar keinen gesetzlichen Schutz gebe:

In weiten Kreisen unseres deutschen Vaterlandes, in den Gegenden des großen Landes, sind die beim Streikpotenzialen gerügten Missstände so gut wie unbekannt. Sehr klar aber liegen dort die Verhältnisse auf dem Gebiet des Wahlterrorismus, der in der Regel vom Großgrundbesitz und den ihm politisch nahestehenden Kreisen ausgeht. Die Gesetzgebung bestraft Wahlterrorismus nur dann, wenn Bedrohungen stattgefunden haben mit Mitteln, deren Anwendung auf sich strafbar wäre. Jeder andere Terrorismus bleibt straflos. Diese Mängel der Gesetzgebung haben sich besonders in der letzten Zeit bemerkbar gemacht. Der scharfe Kampf, in dem sich seit längerer Zeit der Bund der Landwirte und die konservativen Partei befinden, hat dort in hohem Maße Erscheinungen gezeigt, wie sie früher nur ausnahmsweise auftraten. Der aufrichtig in der Sache der politischen Prozesse verfolgte, muß feststellen, daß in den letzten Jahren Verstrickungen aus politischen Anlässen wegen Verleumdungen usw. im konservativen Lager in ganz außerordentlichem Maße stattgefunden haben. Man kann sagen, daß auf eine Verstrickung im Lager sämtlicher übrigen Parteien, Liberaler, Jesuiten, Sozialdemokraten zusammen, mindestens zwei oder drei Verstrickungen von Konservativen wegen politischer Vergehen stattgefunden haben. Dabei spielen Beamte der konservativen Partei, Redakteure usw. eine ganz hervorragende Rolle.

Herr Dr. Böhm führt dann eine Reihe von Fällen an, in denen die Freiheit der Wähler von der herrschenden Großgrundbesitzerklasse gräßlich vergewaltigt worden ist, Fälle, die sich alljährlich ereignen, und kommt dann zu folgenden Schlussfolgerungen:

Jeder wird zugeben müssen, will man auf dem Gebiet des Streikpotenzials die Gesetzgebung verschärfen, bei dem es sich schließlich um Arbeitskämpfe handelt, bei denen eine minderbemittelte Klasse um ihre wirtschaftliche Existenz ringt, so erscheint es noch weit frevelhafter, wenn gewisse Schichten den brutal ihre wirtschaftliche Macht ausnutzen, um dem unbemittelten Staatsbürger die Ausübung des Wahlrechts zu verweigern. Es erscheint deshalb dringend notwendig, nicht nur einseitig in den Vordergrund der Diskussion die Streikpotenzialen zu rufen. Auf dem hier erörterten Gebiet liegen die Verhältnisse unendlich klarer, der Terrorismus ist weit brutaler und denjenigen, die ihn treiben, können sie sich nicht die Widerstandsgründe in Anspruch nehmen, die dort die Herkunft und soziale Stellung mit sich bringen.

So verweist der nationalliberale Abgeordnete die konservativen Ankläger dorthin, wohin sie selber gehören, auf die Anklagebank. Und es ist erfreulich, daß diese sich über Terror beklagenden Terroristen auch einmal von nationalliberaler Seite ins rechte Licht gesetzt worden sind.

Die preisgegebene Bauernlegende.

Eine alle Lüge gegen die Sozialdemokratie gibt die Kreuzzeitung preis, indem sie sich in einem Artikel gegen den Bodenreformer Damaskoff für eine zunehmende Verstaatlichung des Grund und Bodens erklärt. Sie schreibt:

Von einer Verstaatlichung des Bodens wollte Herr Damaskoff in Stralburg nichts wissen. Nur eine Folge davon die Verstaatlichung haben: dem bodenlosen Menschen das Recht zu geben, den bodenlosen Boden zu rauben. Wir wollen nun in Erwägung darüber eintreten, ob das wirklich die Folge der Verstaatlichung des Grund und Bodens sein mußte. Aber wir meinen doch, daß eine Verstaatlichung von Grund und Boden in größerem Umfang als gegenwärtig als Mittel gegen die fortschreitende Kapitalisierung der ländlichen Grundrente in Erwägung gezogen werden könnte. Herr Damaskoff verlor in Stralburg den Brief eines Ansehlers an die Anstaltsbehörde, er habe das ihm billig gegebene Staatsland mit Vorteil verkauft; wenn er wieder solchen Boden hätte, sei er zu ehren solchen Geschäft gerne bereit. Diese Kapitalisierung der Grundrente wäre nicht möglich gewesen, wenn der Staat das Land nur teilweise veräußert hätte. Würde der zukunftsreiche ländliche Besitz vom Staat erworben und in langjährigem Pacht wieder vergeben, so könnte man darin wohl einen Befundungsprozess sehen.

Unzählige Male haben konservativen Agitatoren die Sozialdemokratie beschuldigt, sie wolle durch Überführung des Grund und Bodens in Allgemeinbesitz die Selbständigkeit vernichten und den Bauer von seiner Scholle treiben. Nun hat die konservative Partei nicht nur dem halsstarrigen Entgegengekehrte zugestimmt, durch das wirklich Gutsbesitzer von ihrer Scholle vertrieben werden, ihr Organ tritt jetzt auch für zunehmende Bodenverstaatlichung ein und befaßt sich ausdrücklich die Vorstellung, als ob den auf Staatsland eingewanderten Landbauern das Verwüsten der persönlichen Freiheit erlaubt würde.

Was bleibt von der antisozialdemokratischen Bauernlüge da eigentlich noch übrig?

Der neue Krupp-Prozess.

In dem auf den 23. Oktober und folgende Tage anberaumten Krupp-Prozess werden sich, wie schon mitgeteilt, der frühere Vorsteher des Berliner Bureau der Firma Krupp, Maximilian Brandt und einer ihrer Direktoren, dem die Leitung der Abteilung für inländisches Kriegsmaterial unterstellt war, Direktor Cecius, zu verantworten haben.

Brandt wird beschuldigt, daß er durch Bewehrung sowie durch Gewährung von Darlehen und Weihenachtigungen an die im Militärprozess erster Instanz angeklagten Militärpersonen diese zu ihren Willkürungen an sich bestanden habe und daß er ferner durch diese Militärpersonen sich Nachrichten verschafft habe, die im Interesse der Landesverteidigung gehalten werden mußten. Dagegen erkennt die Anklage an, ebenso wie dies bereits durch das kriegsgerichtliche Urteil festgestellt worden ist, daß eine Gewährung der Sicherheit des Reiches durch Brandt weder beabsichtigt noch herbeigeführt worden ist, indem alle Nachrichten, die Brandt sich verschafft und seiner Firma weiter übermittelte, dieser gegenüber mit Rücksicht auf ihre engen Beziehungen zur Militärverwaltung als Geheimnis nicht in Betracht kamen, weil die Firma diese Nachrichten auch ohne die Vermittlung Brandts teils längst erlangt hatte, teils auch auf offiziellem Wege hätte erhalten können.

Dem Direktor Cecius, als dem kaufmännischen Leiter der gesamten Kriegsmaterialabteilung der Firma, wird zur Last gelegt, daß er den Angeklagten Brandt bei den inkriminierten Handlungen unterstützt habe, indem er die Verantwortung für die Vollziehung des Brandt in seiner Stellung sowie für dessen Bewehrung trage. Dagegen wird von der Anklage nicht angenommen, daß Cecius von dem einzelnen, dem Brandt zur Last gelegten Handlungen Kenntnis gehabt oder überhaupt diejenigen Personen, mit denen Brandt in Verbindung gestanden, auch nur gekannt habe. Dagegen läßt er dem Inhalt der Aussagen Brandts, die zu einem geringen

Sächliche Angelegenheiten.

Die Erziehung im 4. Kreise.

Die Wahlvorbereitungen bei den drei in den Wahlkampf eingetretenen Parteien sind erledigt, die Bewegung, die wie bei jeder Wahl anfänglich schleppend einsetzt, ist in Flug gekommen. Die letzten Tage bringen Aufregung, Spannung, Begeisterung. Noch wenige Tage und die Entscheidung fällt, die wohl keiner Partei eine Hebertragung bringen wird, denn niemand, der die Struktur des 4. Wahlkreises und den gut funktionierenden Apparat der sozialdemokratischen Organisation kennt, glaubt an die Möglichkeit, daß der 4. sächsische Wahlkreis jemals wieder der Sozialdemokratie entrissen werden kann. Eine jahrzehntelange intensive, planmäßige Arbeit hat uns in allen Gegenden des 104 Ortskreises und 4 Städte zählenden Wahlkreises festen Fuß lassen lassen, bis in die entlegensten, rein landwirtschaftlichen Distrikte ist unsere Organisation gedrungen.

Das Wahlkomitee der „Rechtsstehenden Parteien“, die sich nach einem Kandidaten in „Eitelien“ umhauen mußten in Dresden oder im Kreise selbst hat niemand Lust gehabt, seinen Namen für die konservativ-antidemokratisch-rechtsnationalistische Wahlverbüderung herzugeben, überschneidet den Kreis, getreu der früheren Tradition der „Rechtsstehenden“, mit selbstfabrizierten und aus der Druckerei des berühmten Reichsverbandes in Berlin bezogenen Flugblättern. Alle im Kreise selbst erscheinenden Zeitungen ohne Ausnahme haben sich in den Dienst der allein nationalen vaterländischen Kandidatur Dr. Hartmann gestellt.

Alle Tage wurde was Neues probiert. Annoncen, durch welche den gutgläubigen Lesern die Verberbeit der Sozialdemokratie zum scheinbar vielen Male schwarz auf weiß nachgewiesen werden sollte. Ergüsse im redaktionellen Teil über die überlegende, hinreichende, vornehme Vortragsart des „Reinbauern“ Dr. Hartmann, der sich die Herzen seiner Zuhörer und der vielen hundert Stühle, auf denen in den zahlreichen Versammlungen Dr. Hartmanns niemand sitzt, im Fluge erobert hat. Dann wieder zur Abwechslung als Extrabeilage ein funkelndes Flugblatt, dessen Inhalt bereits bei früheren Wahlen in etwas anderer Form verzapft wurde. Zur Abwechslung Empfehlungen der vom Kandidaten verfaßten Schriften: „Masse gegen Masse“, „Krieg oder Frieden mit England“, „Die sittlichen Grundlagen der konservativen Weltanschauung“. Was in den zahlreichen Versammlungen nicht erzählt wird, wird trotzdem durch die Lokalpresse für die Kandidatur Hartmanns gemeldet — bilden sich die Herren vom rechtsstehenden Wahlkomitee ein.

Auch die Liberalen werden eifrig, das Phantom einer Stichwahl hat sie hypnotisiert. Der ganze fortschrittliche Generalstab führt die Freisinnsmänner zum Sturm gegen die rote Feste. Dr. Raumann, Biemer, Köhler, Gotthardt, Pothhoff und die liberalen Sachsen Koch, Probst, Sudor, West machen sogar auf kleinen Bauerndörfern in liberaler Begeisterung und jubeln am Schluß immer den Refrain: „Und find' mein Herz kein Gegenlieb, so wird's heigeten alt.“ Leber zu starken Besuch können sich auch die Fortschrittler nicht beklagen, nur die Versammlungen mit Dr. Raumann als Referenten waren reichlich besucht, auch von unseren Gegnern deren Versammlungen nicht stillen.

Die „Rechtsstehenden“ laden überhaupt nur „königstreue Männer“ ein.

Die von uns in allen Bezirken des weit ausgedehnten Wahlkreises arrangierten Versammlungen erfreuen sich eines guten, teilweise starken Besuchs, nur an den Sonntagnachmittagen ließ der Besuch zu wünschen übrig. Die Wähler sind an diesen Tagen mit der Kartoffelernte und der Feldbestellung beschäftigt, selbst in Habeburg waren Hunderte von Wählern am Sonntag auf ihren kleinen Feldern oder Pachtäckern eifrig dabei, bei dem prächtigen Herbstwetter die Kartoffeln einzuernten. Das Ausdragen unserer Flugblätter und Handzettel geht stot von statten. Situationsberichte, Informationen, Mitteilungen gehen beim Wahlkomitee ein, alle unsere Parteigenossen sehen ihren Ehrgeiz darin, die Spannung zwischen uns zu erwartenden Stimmenzahl und der Gegner zu erweitern. Fast alle rednerisch befähigten Genossen wirken neben unserem Kandidaten, der allein in 34 Versammlungen gesprochen hat oder noch spricht, mit, um neben der Besprechung der aktuellen politischen Tagesfragen auch bei dieser Gelegenheit unsere programmatischen Forderungen zu erläutern. Am Anfang der Wahlkampagne ist der freimütige Kandidat unserem Kandidaten Bud und Genossen Stadtmann in einigen Versammlungen entgegengetreten, sonst ist ein Bekämpfen mit „geistigen Waffen“ in unseren Versammlungen durch Gegner nicht zu konstatieren gewesen. Die durch das Wahlkomitee der rechtsstehenden Parteien vereinigten Reaktionen isolieren sich vollständig, sie erkennen ihre Bedeutungslosigkeit im 4. Wahlkreise an, die freisinnigen scharen ihre Kräfte in selbst einberufenen Versammlungen um ihre Redner, Rechtsanwält Köppel schlägt Montag den 6. Oktober den Rekord mit fünf Referaten, in jeder der fünf Versammlungen wird er dastehen wie der Prediger in der Wüste.

Eine Begeisterung wie bei den allgemeinen Wahlen, ein sogenanntes Wahlfieber, ist bei der Erziehung nicht vorhanden; dazu fehlt auch die Tagung des Reichstages, der Landtage, der politische Resonanzboden, die Hitzewelle, die bei den allgemeinen Wahlen das ganze Volk mit fortzieht. Daher muß durch Pflichtbewußtsein bei allen unseren Parteigenossen im 4. Wahlkreise selbst und in den benachbarten Wahlkreisen gesorgt werden, daß nicht die bestehende Meinung, unser Kandidat Bud wird sicher gewählt, bei einer Anzahl Wähler gar lähmend auf die Ausübung des Wahlrechtes wirkt. Keiner der Männer, die bis zum 10. Oktober das 25. Lebensjahr vollenden, darf am 10. Oktober auf sein Wahlrecht verzichten. Am 12. Januar 1912 sind im 4. Wahlkreise 7073 Wähler der Urne fern geblieben. Wer nicht wählt, hat kein Recht, Kritik an unseren politischen und sozialen Zuständen zu üben, darf sich über nichts beschweren, denn durch den Verzicht auf sein höchstes Staatsbürgerrecht begibt er sich dieses Rechtes.

Alle alle Wähler des 4. Kreises an die Urne! Die Saumfäden aufgemuntert, auf ihre Pflicht verwiesen. Bis um 7 Uhr muß die Wahl beendet sein. Wer bis 7 Uhr seinen Stimmzettel nicht abgegeben hat, verliert sein Wahlrecht. Gehet rechtzeitig zur Wahl. Wer am 1. Oktober verzogen ist, wählt in dem Bezirke, in dem er am 1. September in die Wählerliste eingetragen war. Rührt die wenigen Stunden! Jeder werde ein Agitator für seine Partei, für die Sozialdemokratie, dann wird der 10. Oktober 1913 sich würdig ereignen in die

Freuden- und Ehrentage der werktätigen Bevölkerung des 4. Wahlkreises.

Die Leuerung in Sachsen.

Ueber dieses zeitgemäße Kapitel teilt die Wirtschaftliche Korrespondenz Calwers folgendes mit: In einem so Industrie-reichen Landesteil wie Sachsen stehen schon in Zeiten normaler Preisverhältnisse die Kosten der Lebenshaltung auf einem sehr hohen Niveau. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn sich die Belastung des Konsums durch die rapide Verteuerung der wichtigsten Nahrungs- und Genussmittel gerade hier am stärksten bemerkbar macht. Die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelumsatzes einer vierköpfigen Familie, Eltern und zwei Kinder, stellen sich im Königreich Sachsen in den Jahren 1896 bis 1905 und im Monat August der Jahre 1911 und 1913 durchschnittlich auf:

Table with columns for years (1896, 1900, 1905, 1911, 1913) and rows for cities (Chemnitz, Chemnitz, Dresden, Freiberg, Leipzig, Weichen, Plauen i. V., Zittau, Zwickau).

In den wichtigsten Städten leiteten die wöchentlichen Kosten der Ernährung für eine vierköpfige Familie in:

Nächst Chemnitz weist im August 1913 Reichenbach i. B. mit 27,42 M. die höchste Indexziffer auf. Soweit die genannte Korrespondenz. Aus ihren Angaben ergibt sich, daß seit 1896 die Lebensmittelpreise erheblich gestiegen sind. Aber die Zahlen lassen die Leuerung noch nicht voll zur Geltung kommen. Offenbar sind die Angaben nur nach dem Verbrauche in einer Anzahl Arbeiterfamilien ermittelt worden. Dabei konnte aber nicht berücksichtigt werden, welche Beschränkungen sich die Arbeiter in den neueren Zeiten haben auferlegen, inwiefern sie, weil der Lohn nicht weiter reichte, den Konsum auf Kosten der Ernährung und der Gesundheit haben einschränken müssen.

Eine Illustration zu diesen Feststellungen liefert eine Mitteilung über den Rückgang des Fleischkonsums in Leipzig. Seit dem 1. Januar sind hier 1240 Rinder, 2109 Kälber und 12752 Schweine weniger geschlachtet worden als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Nur bei den Hammelschlachtungen ist eine Zunahme zu verzeichnen, und zwar um 1010. Der Rinderverbrauch an Fleisch in diesem Jahre wird auf 179000 Kilogramm berechnet. Und das im Vergleich 1912, das einen gewaltigen Fremdenstrom nach Leipzig herangeführt hat und noch heranzieht. Welch erschreckende Ziffern des Mißgangs im Fleischverbrauch würden erst, so bemerkt die Leipziger Volkszeitung dazu, zutage treten, wenn der Fremdenverkehr nicht diesen Umfang angenommen hätte.

Mit dem Jenaer Parteitage

Beschäftigte sich auch eine Parteiverammlung für den 12. und 13. Reichstagswahlkreis (Leipzig), die bereits vor einer Woche stattfand, nach einer Vertagung aber erst am Freitag abend zu Ende geführt werden konnte. In der ersten Versammlung hatten die Leipziger Genossen nur den Bericht des Delegierten, Genossen Müller, entgegengenommen. Er muß sehr ausführlich gewesen sein, denn es kam wegen vorgeschobener Zeit eine Diskussion nicht mehr zustande. Der Berichtshörer vertrat in der Frage des Massenstreiks und der Steuerfrage den Standpunkt der Widerheit, sein Redeanteil folgte er indes in den Worten zusammen: „Wir haben alle Ursache, die Bedeutung des Parteitage nicht zu überschätzen, wenn wir auch keinen Anlaß haben, mit ihm besonders unzufrieden zu sein.“

In der zweiten Versammlung tritt zunächst Genosse Bötzler für eine schärfere Propagierung des Massenstreiks ein und wendet sich gegen die Gewerkschaften, die zu bremsen verstanden. Die Partei habe einen Sprung nach rechts gemacht. Die Fraktion sei dadurch mehr nach rechts gedrängt worden, daß immer mehr Gewerkschaftler eingezogen seien. Im übrigen tritt er für die Loslösung ein, denen man noch keine Gelegenheit gegeben habe, sich auf den Parteitag zu verdrängen. Den Verlaß, für die Loslösung eine Länge zu brechen, wies Genosse Geyer zurück, der im übrigen unter polemischen Bemerkungen gegen einige Parteimitglieder besonders in der Steuerfrage keinen auf dem Parteitage schon eingehend begründeten Standpunkt nochmals darlegte und auch in der Massenstreikfrage der Widerheit beitrug. Besonders betonte er, daß völlig zu Unrecht verlangt worden sei, ihn auf dem Parteitag als Zerstückler der Partei hinzustellen.

Genosse Buch bemerkt zu der Diskussion über die Steuerfrage, daß dabei der Gegensatz von Rechts und Links nicht mehr so scharf wie früher zutage getreten sei. Es sei kein Fehler gewesen, der Resolution Sturm zu machen, auch die Zustimmung der Fraktion zu den Beschlüssen sei kein politischer Fehler gewesen. Sodann polemisiert der Redner gegen den Genossen Bauer wegen seiner Ausführungen über den Massenstreik auf dem Parteitage und betont: Die Rede Bauers sei der Wiederholung eines Systems gewesen, das geeignet ist, den Arbeitern Antipathie einzuspielen. Angesichts der Arbeiterstreike behandelt bei dem Parteitag keine Meinung, sich in einen Richtungsstreit zu verwickeln. Auch die Wahlen zum Vorstand können nicht als ein Sieg des rechten Flügel ausgelegt werden.

Genosse Schick betont, daß die Genossen Lugenburg von Bauer so behandelt werden konnte, ohne den heftigsten Widerspruch des Parteitage zu finden. Die Geschlossenheit in der Partei sei nicht in dem Maße vorhanden, wie man gern glauben machen wolle. Es sei sehr bedenklich, wenn die bürgerliche Presse über die Flügel der Partei habe die Oberhand gewonnen. Durch die Neuwahl zum Parteivorstand habe der rechte Flügel auch im Parteivorstand gewonnen. — Genosse Kohl meint, der Massenstreik eigne sich nicht als Kampfmittel. In Schweden habe es sich gezeigt, daß bei einem Massenstreik nichts herauskomme. Genosse Schmidt schlägt sich diesen Ausführungen an und ist der Meinung, daß es ein Fehler sei, über den Massenstreik zu reden. Die Genossen, die heute vom Massenstreik reden, hätten die Fühlung mit den Massen verloren. Man schärfte die Kampfmittel nicht, wenn man fortgesetzt davon rede. Nach einem Schlusswort des Delegierten Müller wurde die Versammlung, ohne Beschluß gefaßt zu haben, geschlossen.

Sachsen im Zeitalter der Völkerschlacht.

Unter diesem Titel hat Genosse Hans Bloß, Redakteur der Leipziger Volkszeitung, eine 112 Seiten starke Schrift herausgegeben, die im Verlage der Leipziger Parteidruckerei erschienen ist. Die Broschüre zerfällt in folgende Abschnitte: Von Quadersburger Frieden bis zu dem Kriegsjahre 1806. — Von Jena bis Polen und Warschau. — Rheinbundzeit und Kontinentalperre. — In Ritten der Entschcheidung. — Im Vande Napoleons. — Die Völkerschlacht. — Ausgang. — Die Schrift gibt ein reichhaltiges Material, das unsere Genossen in den Stand setzen wird, der Geschichtsaufklärung, die

jetzt in den Tagen der Jahrhundertfeier der Völkerschlacht ihren Orgien feiert, gut bewaffnet entgegenzutreten. Besonders Interesse darf die Schilderung über die wirtschaftliche Lage Sachsens in der Revolutions- und napoleonischen Zeit beanspruchen, sowie ihre Darstellung des Einflusses, den die Kontinentalperre auf die Entwicklung der Wirtschaft Sachsens ausgeübt hat.

Ein „unnatürliches“ Arbeitsverhältnis?

Zu der Frage, ob Eltern bei ihren Kindern in einem versicherungspflichtigen Lohn- und Arbeitsverhältnis stehen können, hatte jetzt das Landesversicherungsamt in Dresden Stellung zu nehmen. Die Witwe Böber in Döbeln hatte im Mai 1912 um die Gewährung der Invalidenrente nachgesucht. Die jetzt 60 Jahre alte Frau ist auf einem Auge erblindet und auf dem anderen Auge ist die Sehkraft auch schon auf die Hälfte der normalen zurückgegangen. Ein Augenarzt hat die Gewährung der Invalidenrente als gerechtfertigt bezeichnet. Die Antragstellerin hatte sich früher mit Pigarettenarbeiten und Aufwartarbeiten ihren Lebensunterhalt verdient, seit 1907 wurde sie von ihrer Tochter, die eine größere Tamen Schneiderin betreibt, mit leichten Nebenarbeiten beschäftigt. Sie erhielt täglich 40 Pf. Lohn, außerdem freie Kost und Wohnung. Zur Invalidenversicherung wurde sie 1904 angemeldet, die Frau hat seitdem regelmäßig Beiträge entrichtet. Nach Angaben der Tochter hat diese, als die Mutter arbeitsunfähig wurde, an deren Stelle ein Rühmädchen annehmen müssen. Das Versicherungsamt der Stadt Döbeln erkannte das Vorliegen einer versicherungspflichtigen Beschäftigung an und sprach sich für die Gewährung der Rente aus. Die Landesversicherungsanstalt war jedoch gegenwärtiger Meinung, insbesondere deshalb, weil Renten für die Lohnabhängigen nicht da wären. Es konnte, so wurde behauptet, nur ein familiäres Gemeinschaftsleben in Frage und infolgedessen erging ein Ablehnungsbescheid. Die Gewährung der Rente wurde vom Oberversicherungsamt Leipzig verworfen. Es habe kein Arbeitsverhältnis zwischen Mutter und Tochter bestanden und es widerspreche auch den natürlichen Verhältnissen und sittlichen Anschauungen, daß die Mutter die Lohnarbeiterin ihrer Tochter ist. Das Landesversicherungsamt hat in Beachtung des dargelegten eingewendeten Urteiles das angefochtene Urteil aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Entscheidung an das Oberversicherungsamt zurückverwiesen. Die Frage, ob Eltern bei ihren Kindern in einem abhängigen Lohn- und Arbeitsverhältnis stehen, sei sehr zweifelhaft und könne nur von Fall zu Fall unter Berücksichtigung aller einschlägigen Verhältnisse entschieden werden. In vorliegenden Falle habe das Gericht geglaubt, daß ein solches Arbeitsverhältnis vorgelegen hat, daß also nicht bloß familienrechtliche Beziehungen vorliegen, sondern eine wirtschaftliche Unterordnung der Mutter unter den Betrieb ihrer Tochter stattgefunden hat. Die Zurückweisung der Sache an die Vorinstanz erfolgte, weil die Invalidität noch nicht genügend festgestellt erscheine. Über die diesbezügliche Bescheid, sei der Klägerin die Rente zu gewähren.

Leipzig. Der Verbandstag der Deutschen Mietervereine wählte Dresden als Borort, den Vorsitzenden des Dresdner Mietervereins, Herrn Herrmann, als ersten Vorsitzenden und Rechtsanwalt Gopp, Dresden, als zweiten.

Hohenstein-Ernstthal. Wegen Unterschlagung amtlicher Gelder in Höhe von gegen 1000 M. wurde in Oberlungwitz der dortige Baufeldungsbeamte Max Scheibner verhaftet und ins Hohensteiner Amtsgericht eingeliefert. Scheibner war eine Ordnungshilfe ersten Grades.

Freiberg. Entgegen den bisherigen Annahmen steht die Offenhaltung einer Grube der hiesigen staatlichen Erbergwerke zu Rehrwedden für die Bergakademie doch in Aussicht. Sicherem Vernehmen nach wird das Finanzministerium einen Antrag auf Beibehaltung einer Grube beim Landtag einbringen.

Freiberg. Zu einer nachahmenswerten Einrichtung hat sich die Errichtung des hiesigen Schulmuseums aufgeführt, das aus dem sächsischen Hause der vorjährigen Bergwerks-Ausstellung hier geschaffen worden ist. Es bildet mit seinen wertvollen Anschauungsmitteln aus der Tier- und Pflanzenwelt, aus Industrie, Gewerbe und Wissenschaft ein Rehrmittel von höchstem Werte für alle hiesigen Lehranstalten.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Schöner bemerkt ist zwischen Glaucha und Westera der Stammsänger Bruno Deutsch aus Döbeln. Er ist wahrheitsgemäß mit dem Hede an einen Baum angefahren, wodurch er eine Gehirnerschütterung und eine Verletzung der Wirbelsäule erlitt. Er wurde ins Meissen Krankenhaus gebracht. — Ein schwerer Unglücksfall trat sich in Langenberg bei Döbeln ein. Ein 68 Jahre alter Bauarbeiter Gustav Wegmann wollte mit einem Arbeitskollegen einen geladenen Schützenschein ein Stück die abschüssige Straße entlang fahren. Er stolperte über die Gabelstange, fiel und wurde überfahren. Ihm wurde der rechte Unterschenkel zerquetscht, auch erlitt er Verletzungen an Kopf und Arm. Der Bedauernswerte mußte sofort ins Hildener Krankenhaus gebracht werden. — Von dem Bahn Nr. 235 der Vereinigten Eisenbahnen-Gesellschaft, der sich im Anhang des Dampfes Nr. 12 der Deutsch-Oesterreichischen Dampfschiffahrt befand, am Sonnabend unterhalb Riesa bei Gohlis ein Bootmann über Bord gefallen und ertrunken. Der Verunglückte ist verheiratet und Vater von fünf Kindern. — Am Mittwoch nachmittags fiel beim Spielen der achtjährige Schulknabe Jüdel in Langenberg in den Mühlgraben. Der ebenfalls noch schulpflichtige Walter Schenkel sprang dem Verunglückten nach und konnte ihn noch retten. Er wurde selbst ein Opfer seines Hutes geworden, wenn ihm sein Netzeimer Reuber nicht mit einer Stange zu Hilfe gekommen wäre. — Der Kaufmännische Brief in Freiberg, der am Sonnabend mit seinem Zweitakt die neue Herzog-Heinrich-Strasse herunterfuhr, brach mit aller Macht an ein Auto an und blieb herumstehend liegen. Der Fahrer des Autos brachte den Verunglückten unter Weisung eines Soldaten ins sächsische Krankenhaus. Dort konnte man der infolge einer schweren Schädeldrüse bereit eingetretene Tod feststellen. — Am Sonnabend nachmittags liefen in Gohlis spielende Knaben über die Straße, wobei der zwölf Jahre alte Knabe Fuchs unter ein Auto geriet und schwer verletzt wurde.

Stadt-Chronik.

Das Abzählungsgeschäft.

Darüber werden uns folgende Ausführungen zur Verfügung gestellt, die wir abdrucken, weil sie von einem genauen Kenner der Verhältnisse herrühren, ohne uns mit allen Einzelheiten einverstanden zu erklären.

Ein „notwendiges Uebel“ der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist das Abzählungsgeschäft. Der schlecht entlohnte Arbeiter, der keine Beamte, der mittellose Handwerker, alle die Opfer dieser Wirtschaft sind gezwungen, in den Abzählungsgeschäften ihren Bedarf zu decken und nirgends zeigt es sich so stark wie hier, daß gerade die Mittellosen und wenig Begüterten die höchsten Preise für ihren Bedarf zu zahlen gezwungen sind. Es wird wohl für viele, die schon mit diesen Verhältnissen belannt geworden sind, immer noch eine Ueberraschung sein, wenn sie erfahren, daß die Abzählungsgeschäfte mit einem Umsatzgewinn von circa 100 bis 150 Prozent arbeiten. Die Berechnung der Abzählungsgeschäfte illustriert folgendes Beispiel:

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.

Die eigenartige Lage des Hauses an der Seite des Geschändens sehr Grundstücksverwertungen in der Tiefe des jetzigen Grundstückes natürliche Schranken. So kommt es, daß das Gewerkschaftshaus jetzt dem Besucher in einer gewaltigen Front von 50 Meter gegenübersteht. Das ganze Grundstück ist 4300 Quadratmeter groß, die Räume umfassen etwa 13000 Quadratmeter nutzbares Fläche. Nicht eingerechnet ist dabei das „Hotel Gewerkschaftshaus“, ein neben dem Gewerkschaftshaus liegendes Gebäude, das vierzehn kleine, freundliche Hotelzimmer enthält. Auf die Verbringer, die sich um Unterschied von vielen anderen Städten ebenfalls an der Straßenfront erhebt, entfallen 800 Quadratmeter Raumfläche. Das Hauptgebäude weist unten Laden auf, in der ersten Etage sind kleinere Edeleingebäude, während die oberen Stockwerke Büroarbeitszwecken dienen. Hinter und unter dem Hauptgebäude liegt der große Saal, der mit seinen Nebenräumen 200 Personen Platz bietet. Die Restaurationsräume sind zusammen 900 Quadratmeter groß. Neben dem Restaurant befindet sich in der ersten Etage das Café, und hinter diesem, durch eine Wandelhalle lautlos abgetrennt, ein neuer Saal, der etwa 700 Personen faßt. Der neue Saal, das Café und die Restaurationsräume umfassen 3000 bis 3500 Personen Platz. In der Ausstattung der neuen Räume darf sich das Gewerkschaftshaus neben den ersten Hamburger Lokalfunktionen sehen lassen; die Reihzahl der Lokale wird es weit übertreffen. Auf gebogene Holzarbeiten ist das große Gewicht gelegt. Das Hauptrestaurant weist Holzschliffarbeiten auf, unter anderem einen großen Tisch, die an sich das Gewerkschaftshaus zu einer Schmuckstube machen. Im übrigen ist das neue Haus mit allen Errangenschaften der modernen Technik versehen. In der ersten Etage ist ein Apparat für die Vorführung von Lichtbildern vorgesehen. Ein Personenlift führt neben dem Hauptrestaurant zum Keller bis zum Tagelager. Eine Belüftungsanlage leitet frische, gereinigte Luft in sämtliche Räume des ganzen Hauses. Diese Anlage ist durch Fernwärmeräume mit der Heizanlage verbunden, die im Keller des Dinsturbaues eingebaut ist, das übrigens auch noch in drei Stockwerken Restaurationsräume aufweist. In der großen, im Erdgeschoss des Hauptgebäudes liegenden Zentralküche sind nicht minder alle hygienischen und technischen Vorrichtungen des modernen Küchenbetriebes verwirklicht. Acht elektrische Fahrstühle senden die Speisen nach dem alten Saalbau und den Büroräumen hinauf. Tisch- und Stuhlheizung, für beide Geschlechter getrennt, leben dem Personal zur Verfügung. Große Kühl- und Erwärmer temperaturen betriebe und Speisepumpen; ihre Einrichtung kostete allein 20000 M. Im Keller sind dann noch zwei Doppelfesselheizungen eingebaut. Das elektrische Licht bezieht das Haus aus der Licht- und Kraftzentrale der Großindustrialschicht deutscher Konsumvereine.

Die Hamburger Arbeiter können auf ihre „Wassenschmiede“, wie August Bebel 1906 bei der Einweihung den Bau kaufte, stolz sein, um so mehr, als das Gewerkschaftshaus zugleich ein wichtiger Teil des schnellen Wachstums und der Kraft der Arbeiterbewegung ist.

Inland.

„Ihre Vertrauensleute sind bestochen“

Mit diesen Worten empfangt der Stuhlflechter Heinemann in Berlin seine Arbeiter, als sie während der Ausperrung im April dieses Jahres ihren Lohn holen wollten. Um seine streikenden Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, versuchte er ihnen, die Streikleitung erhalte pro Mann und Tag 7 M. von den Firmen, bei denen weitergearbeitet werde. Natürlich war kein Wort davon wahr. Die Streikleitung fragte, weil Heinemann ausdrücklich erklärte, er habe Zeugen für seine Behauptung. Vor Gericht konnte er nichts beweisen, wurde aber freigesprochen, weil er nur seine eigenen Interessen, wenn auch in unpassender Form, vertreten habe. Die „eigenen Interessen“ des Arbeiters erstrecken sich niemals so weit.

Warnung vor Auswanderung nach Argentinien.

Aus Buenos-Aires berichtet uns ein Freund der Arbeiterbewegung, daß in Argentinien die Arbeitslosigkeit einen riesigen Umfang erreicht hat. In Buenos-Aires sind 80 000 Menschen arbeitslos. Mithin ist ein Arbeitsamt gegründet worden, das unregelmäßig Arbeit vermittelt. Dieses Amt ist aber nicht imstande, zu helfen, da die Arbeitssuchenden nicht die Mittel haben, um die Reise weit nach dem Innern des Landes, wo Arbeiter verlangt werden, bezahlen zu können. Das Amt selbst besitzt auch keine Mittel hierzu. Im August fanden Arbeitslosen-Versammlungen statt, die der Bewässerung und der Vergütung den Geist der Lage vor Augen führten. An eine Vermeidung der Arbeitslosigkeit ist vorläufig nicht zu denken. An eine Vermeidung der Arbeitslosigkeit kommen lediglich aus allen Teilen Europas neue an. Ganze Familien irren bei der jetzigen herrschenden Not über das Meer, hungert und fristet in den Straßen umher. Schiffahrtsgesellschaften machen durch gewissenlose Agenten Bekanntschaft für die Auswanderung nach Argentinien. Ihnen ist es nur um die Lebenserhaltung zu tun. Drüben kümmert sich niemand um die Auswanderer in Buenos-Aires an mit zahlreichen deutschen Arbeitern und Handwerkern. Die Vielzahl der Einwanderer kommt allerdings aus den romanischen und slawischen Ländern. Jeder deutsche Arbeiter wird wohl beurteilen können, was es heißt, neben solchen Konkurrenten seine Arbeitskraft an den Mann zu bringen. Die Löhne sind durch die Massenangehabe unfaßlich gedrückt, dabei ist der Lebensunterhalt so teuer wie sonst nirgends.

Gewerkschaftliche Organisationen bestehen zwar, doch sind sie bei dem fortwährenden Zustrom aus allen Ländern nicht imstande, Einfluß auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu erlangen. Die Organisation der Einwanderer ist schwer, weil sie der Landessprache nicht mächtig sind. Zugewanderte müssen außerdem gewärtig sein, ausgetrieben resp. zwangsweise zurückgeschickt zu werden auf Grund eines vor drei Jahren geschlossenen Gesetzes. Das Gesetz ist zurzeit strengstens unter den Arbeitlosen. Deshalb Arbeiter, sehr nach vor, wandert nicht nach Argentinien aus!

Lohnbewegungen.

In Maadburg stellten Sonnabend früh 200 Brauereiarbeiter die Arbeit ein. Es handelt sich um Tarifdifferenzen.

In Penzig (Oberlausitz) wurden von den Glaswerkern sämtliche Glasmacher und Glaschleifer ausgesperrt. Die Zahl der Aussperrten dürfte 800 betragen. Die Ursachen sind Maßnahmen der Unternehmer, die Arbeitszeit zu verlängern. Zugang ist zu vermeiden.

Eingegangene Schriften.

Reichsversicherungsordnung und Knappschaftswesen. Zweite verbesserte Auflage. Verlag des Bergarbeiterverbandes in Bochum.

Die Kamodie im Saargebiet. Von Johann Leineweber. Geldverlag des Verfassers (Kauzmann u. Ko., Völkum). Kalender für Bergarbeiter für 1914. Herausgegeben vom Vorstände des Bergarbeiterverbandes Deutschlands.

Ausland.

Köln, Textilarbeiter!

In Como in Oberitalien sind die Seidenappreturarbeiter ausständig, um die zu erneuernden Lohnsätze zu verbessern. Die Streikenden erziehen die Seidenappreturarbeiter, darauf zu achten, daß Arbeiten für Como in Deutschland nicht ausgeführt werden.

Lohnbewegung der englischen Postbeamten.

Das vereinte Nationalkomitee der Post- und Telegraphenangestellten beschloß, für die Mitglieder aller an das Nationalkomitee angeschlossenen Körperschaften eine unterjährige Lohnerhöhung auf der Basis von 15 Proz. zu verlangen. Es sollen im ganzen Länge Rosenverhandlungen organisiert werden.

Der Kampf in Dublin.

L. K. Die englischen Arbeiter fahren fort, ihre Solidarität für die Dubliner Kämpfer in prächtiger Weise zu bezeugen. Damit dieser Opferfreudigkeit ist es bereits möglich geworden, ein zweites Rettungsschiff nach Dublin zu entsenden. Es wird, wie das erste, von der Großhandelsfirma in Manchester mit ihren eigenen Rahrungsmitteln versichert, nur daß diesmal das eigene Dampfschiff der Großhandelsfirma gesponsert. Die Fraternität, nach Dublin geht. Das Schiff bringt diebstahl 15 000 Pakete verschiedener Nahrungsmittel und 16 000 Säcke Kartoffeln. Das Parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses gebietet die Sendungen so lange zu w. überholen, als der Kampf fortbauert.

Die neue Arbeiterbewegung in Neuseeland.

a. k. Eine neue Ära in der australischen Arbeiterbewegung bezeichnen der Kongress, den die verschiedenen Arbeiterorganisationen Neuseelands vom 15. bis 22. Juli in Wellington abgehalten haben und der durch 800 Vertreter von etwa 60 000 organisierten Arbeitern besucht war. Wieder war die Arbeiterklasse dieser Insel die stärkste überwiegend in der Vereinigten Arbeiterpartei (United Labor Party) organisiert, die, der linken auf dem Boden des bürgerlichen Liberalismus stand und sowohl die gewerkschaftliche wie die politische Aktion der Arbeiterpartei bestimmte. Daneben stand die weit schwächere Arbeitervereinigung (Federation of Labor) auf dem Boden des Massenkampfes. Dingu kam vor kurzem als ausschließlich politische Organisation die Sozialistische Partei. Dieser Zustand der Zerstückelung und der überlichen Arbeiterpolitik hat sein Ende gefunden mit dem Kongresse, der sich mit überwältigender Mehrheit auf den Boden der einheitlichen sozialistischen Organisation gestellt hat. Obwohl nur 88 Delegierte der Arbeitervereinigung und 12 der Sozialistischen Partei angehörten, unterlagen die Vertreter der überlichen Politik in allen Fragen gegen J. Weidertel, bis Freiwirtschaftler, und der feierliche Austritt von 12 bis 15 Angehörigen des Alten drückte dem Wandel der Dinge erst recht den Stempel auf. Der Kongress beschloß die Zusammenfassung der gesamten Arbeiterkraft in zwei einheitliche, unabhängige von einander, aber im Einverständnis und auf dem gemeinsamen Boden des Massenkampfes vorgehende Organisationen: den gewerkschaftlichen Vereinigten Arbeiterverband (United Federation of Labor) und die politische Sozialdemokratische Partei, die beide die Grundzüge des internationalen Sozialismus anerkennen. — Ferner wurde in der wichtigen Entscheidung über die Frage der überlichen Auffassung eine entscheidende theoretische Entscheidung, dessen Einführung von der bürgerlichen Sozialpolitik als Verhinderung des „sozialen Fortschritts“ begründet wurde, verbundenen Streikrecht aus und beschloß die Anerkennung des Streiks als Kampfmittel, das gründlich vorbereitet und notwendig als Generalstreik für das ganze Land zur Anwendung kommen soll. Dieser Beschluß führte zum Austritt der konservativen Delegierten. Man darf erwarten, daß dieses entscheidende Vorgehen der Arbeiter Neuseelands auch auf die Bewegung im australischen Bundesgebiete, die noch ganz von der „Arbeiterpartei“ beherrscht, jedoch auch schon immer mehr von sozialistischen Gedankengängen durchdringt ist, seine vorwärtstreibende Wirkung ausüben wird.

Parteiangelegenheiten.

Das Grab Julius Krüders

Am Donnerstag aus Anlaß der Währungs Wiedertehe seines Lebensjahres von der Breslauer Parteiorganisation und dem Gewerkschaftsamt mit Kränzen und Blumen geschmückt. Außer den bekannten Breslauer Genossen hatten sich der schlesische Parteileiter, Reichstagsabgeordneter Mühl, sowie die Tochter des Verstorbenen mit ihrem Gatten, dem Genossen Janitzky aus Berlin, am Grab des verdienstvollen Kampfmittels der Breslauer und schlesischen Sozialdemokratie eingefunden Krüder wurde unter dem Sozialistengesetz als Krawler ins Gefängnis geworfen, wo sich sein Leben so weit beschlummerte, daß man ihn kurz vor seinem Tode nach einem Krankenhaustauf überführen mußte.

Eine alte Parteigenossin.

Karoline Seige in Böhmen, die Frau unseres Genossen Emil Seige, ist im Alter von 88 Jahren gestorben. Eine wackere Frau, die während des Sozialistengesetzes der Partei wertvolle Dienste geleistet hat, bei der in den schweren Zeiten der Partei viele Genossen göttliche Aufnahme fanden, ist mit ihr dahingegangen. Wäre ihr Mann, was keine Seltenheit war, die unfehlwillige Staatspremiere aufsuchen, trag sie die doppelten Rollen mit demwunderwürdiger Energie. Ihr Andenken bleibt in Ehren bei allen, die sie kennen und schätzen gelernt haben!

Die Organisationen zum Parteitag.

Eine Parteiversammlung in Grünberg i. Schl. erklärte sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Bedauert wurde, daß Genosse Davidsohn, der Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises Grünberg-Jetschitz, auf dem Parteitag mit der Mehrheit gestimmt hat. Gewünscht wurde, daß Genosse Davidsohn seinen ablehnenden Standpunkt in einer Versammlung im Kreise darlegt.

Die Kreisgeneralsversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den 3. hamburger Wahlkreis nahm am Sonntag den Bericht der Delegierten vom Parteitag entgegen, den Hense erstattete. Der Referent berichtete die Haltung, die die Mehrheit der hamburger Delegierten in der Reichstagsfrage, zur Steuerfrage, zum Fraktionsbericht und zum Massenstreik angenommen hat. Die beiden Delegierten, die durch Zustimmung zu den Resolutionen Lugemburg und Seiger in der Massenstreik- und in der Steuerfrage einen abweichenden Standpunkt eingenommen hatten, betrauten diesen Standpunkt in der Diskussion; anders Diskussionsredner verlangten erhöhte Tätigkeit in der Frauen- und Jugendbewegung. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, die gegen die Ausprägungen, die Genosse Bauer auf dem Parteitag über den Westarbeiterstreik getan hat, protestiert.

Die Parteigenossen L. K. haben am Mittwoch den Bericht vom Parteitag in Jena entgegen. Von allen Delegierten wurde

betont, daß die Beschlüsse der Jenaer Tagung, bis auf den Massenstreik, der Partei zum Vorteil gereichen würden. Parteifreunde Genosse Womme betonte nachdrücklich, daß die Resolution des Parteivorstandes zur Massenstreikfrage inhaltlich nicht sehr verschieden von dieser den Vorzug gehabt habe, ein besonnenes und deshalb getarntes Vorgehen zu empfehlen. In der Debatte stellten sich alle Redner auf den Standpunkt der Mehrheit. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, da keine Meinungsverschiedenheiten über die Ergebnisse des Parteitages zutage getreten waren.

In Köln wandten sich die Genossen Collmann und Priess gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteitages. Die Genossen Ahrens und Priess widersprachen ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Werfeld, der aber das Wort Kulturpionier für die Angestellten im Interesse des streikenden Redner nicht gewünscht hätte. Die Versammlung wurde verlag.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag den Bericht vom Parteitag in Jena entgegen. Man einigte sich dahin, den Fall L. K. a. b. c. zunächst ausschließlich zu behandeln, da die Bremer Organisation in erster Linie daran interessiert ist, und die übrigen Beschlüsse des Parteitages später zu besprechen. Genosse Knieß gab als Berichterstatter eine ausführliche Schilderung der einzelnen Phasen des Falles L. K. Die Aufnahme Knießs in den Verein, das Zustandekommen der Untersuchungskommission, das Verhalten des deutschen und des polnischen Parteivorstandes wurde vom Referenten noch einmal dargelegt, der dann das Zustandekommen des Jenaer Beschlusses kritisierte. Nach der Meinung des Genossen Knieß liegen im Falle Knieß zwei Beschlüsse vor, die einander durchaus widersprechen: Die Bremer Organisation solle nach Antrag 115 Absatz 2, der die Mitgliedschaften fordert, die in der polnischen Partei nicht vorhanden seien. Genosse Knieß glaubt, daß es keinen besseren Ausweg aus diesem Dilemma gibt, als Knieß auf Grund der einander widersprechenden Beschlüsse nicht zu streiken, sondern seine Rechte und Pflichten ruhen zu lassen, bis die nächste Parteitag Arbeit geschaffen habe.

Genosse Knieß ist sehr scharf der Auffassung Knießs entgegen. Der Parteitagbeschuß stelle durchaus seinen Zustimmungsdruck. Auch Genosse D. a. n. a. h. war mit Knießs Ausführungen nicht einverstanden und bedauerte die Aufnahme Knießs in die Bremer Organisation.

Vom Genossen Panncoek wurde folgender Antrag eingebracht:

Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Bremen bedauert die Art und Weise, wie der Parteitag den Fall Knieß behandelt hat und dem Antrag 45 rückwirkende Kraft auf eine Aufnahme gab, die nach dem damals geltenden Statut völlig statutenmäßig festgelegt ist. Trotz dieser Bedenken spricht die Versammlung aus, daß der Sozialdemokratische Verein Bremen sich den Beschlüssen des Parteitages nicht widersetzen darf, sondern einfach diese Beschlüsse auszuführen hat. Sie stellt fest, daß durch die Annahme des zweiten Teiles des Antrages 115 Knieß hat, die Aufnahme Knießs der neuorganisierenden Organisation nicht widerspricht und seiner Mitgliedschaft also nicht im Wege steht, daß er durch die Erklärung des Parteivorstandes, die von anderen Genossen bestritten wird, Inaktivität darüber herrscht, ob dieser Beschluß als eine Änderung des Antrages 45 zu gelten hat. Weil der Sozialdemokratische Verein sich außerhande sieht, diese Inaktivität zu beenden, und sie auch von seiner anderen Ansicht als nur von einem Parteitag freigesprochen gelöst werden kann, beschließt die Versammlung, den nächsten Parteitag um eine zweifelhafte Entscheidung in dieser Frage anzufragen und bis dahin die Mitgliedschaft Knießs ruhen zu lassen.

Wegen vorgerückter Zeit wurde die Versammlung dann verlag.

Referate.

Wegen Beamtenbeleidigung wurde der Verantwortliche der Düsselburger Volkszeitung, Genosse Gerlach, vom Schöffengericht zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt. In einer Lokalnotiz hatte die Volkszeitung mitgeteilt, daß ein holländischer Arbeiter der holländischen Hing- und Oesenfabrik in Neuhagen sich durch Verbrechen verhasst gemacht habe. Die Feststellung des Sachverhaltes war völlig richtig, nur war der Titel des Beamten falsch angegeben; es handelte sich um einen Beamten im Neuhagen-Bureau der Staatsbahn. Trotzdem die Volkszeitung diesen Verurteilten richtigstellte, wurde auf Antrag des Neuhagen-Bürochefs Anklage wegen Beleidigung der holländischen Eisenbahnbeamten gestellt und der Redakteur zu der oben mitgeteilten Strafe verurteilt.

Das Landgericht in Lüneburg verurteilte den Genossen Schuberth vom Harburger Volksrat wegen angeblicher Beleidigung eines Amtsgerichtsrats zu 200 M. Geldstrafe. Anlaßlich einer Strafverurteilung im Harburger Amtsgerichtsverfahren hatte Schuberth über verschiedene Mißstände beim Strafvollzug zu klagen und scharf gegen einen Artikel. Weil sämtliche Angaben des Artikels der Wahrheit entsprechen und 8 1/2 angeblich wurde, gelangte das Landgericht in Lüneburg, das zu abigem Urteil gelangte. Bemerkenswert war in der Begründung des Urteils der Anspruch des Vorstehenden: „Infolge der Entscheidung des Amtsgerichts, lag für das Landgericht eine gewisse Notwendigkeit vor, den Angeklagten zu verurteilen.“

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Essentisches über Vereins-Tanzvergnügen.

Zur Geschäftsreise Albert Räder ist Vorstand des Stammesvereins Silbermann, einer Gesellschaft junger, sozialistischer Leute, die sich immer im Elbortod trifft. Am 1. Mai wurde im Elbortod ein Tanzabend unter der Firma des Vereins arrangiert, und die Karten ziemlich zahllos bestellt. Von der Polizei wurde festgestellt, daß Karten zu diesem Tanzabend an jedem abgegeben worden sind, der sich dafür interessiert und sie bezahlt. Angemeldet wurde der Tanzabend, wie auch schon mehrere vorhergehende, als „Vereinsvergnügen“. Nach Ansicht der Polizei tragen diese Tanzabende aber den Charakter des öffentlichen Vergnügens; ein solches bedarf aber der polizeilichen Genehmigung und unterliegt auch anderen Gebührensbestimmungen. A. erklärt am Abend des 1. Mai demnächst, daß auch wegen Abhaltung öffentlicher Tanzvergnügen bestraft worden sind. Nicht lang nach dem Tanzabend erhielt A. eine Strafverurteilung über 100 M. Disziplinär bestrafte er gerichtliche Entscheidung nicht erreicht, daß die Strafe vom Schöffengericht auf 60 M. herabgesetzt wurde. Gegen dieses Urteil wandte sich die Staatsanwaltschaft mit einer Berufung und verlangte, daß die ursprüngliche höhere Geldstrafe

Großes Schütflager Dresdens

Neustadt

Großes Schütflager Dresdens

Telephon
Sonnabend
Gr.
Auftritte
Einlag
Ratten
dem Vertrau
Sadem. Jaki
Elektr
Zom
Bran
im H
1. Vortrag
Referent: S
2. Branden
V1811
Freie Tu
— Pots
Dienstag
abim
Wionats
im Gold
Das Erlöste
ist Pflicht.
Restaurant
A. E
11 Kessels
balt 84 zur

Handel und Industrie.

Schwindelbankiers.

Aus Paris kommt eine interessante Nachricht: Herr Siegmund Friedberg, der bekannte Schwindelbankier, dessen Zusammenbruch und Flucht aus Berlin im Jahre 1907 ungeheures Aufsehen erregte, ist nicht verstorben, sondern sitzt seit Jahren in Paris und betreibt dort sein Gewerbe ruhig weiter. Schon seit längerer Zeit hatte sich zu den Pariser Animerbankfirmen, die von dort aus das deutsche Publikum mit Sonderanleihen von Zirkularen überfüllten, eine Firma Charles F. Meunier gestellt, die mit besonderer Geschäftigkeit vorging und deren Geschäftsgebarung eine besondere Vertraulichkeit mit deutschen Verhältnissen verriet. Jetzt stellt man heraus, daß der eine Inhaber und leitende Mann niemand anders ist als Herr Friedberg, auf den das Sprichwort: „Die gute Laß das Raufen nicht“ wirklich zuzutreffen scheint.

Siegmund Friedberg interessiert die Öffentlichkeit nicht nur deshalb, weil er es verstanden hat, mit außerordentlicher geschäftlicher Feinheit sein Geschäft auszuweiten und durch ein großes Heer von Reisenden die Provinz „abzugrauen“, so daß bei seinem Zusammenbruch die Zahl der Leidtragenden noch bedeutend war; der „Holl Friedberg“ hatte vielmehr noch je — im Interesse der Gesamtheit erfreuliche — Folge, der gegenwärtigen Öffentlichkeit über das Wesen der sogenannten Animerbankiers und „Budgethops“ die Augen zu öffnen und die Staatsanwaltschaft zu veranlassen, dieser Sorte von Geschäftsläusen ihre ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Seitdem haben wir denn auch eine ununterbrochene Reihe von „Budgethops“ zu verzeichnen gehabt, die teilweise sehr hohe Freiheits- und Geldstrafen für die teilweise sehr hohen und einige Angeklagte, bei denen die Anklageakten noch nicht abgeschlossen sind, sitzen noch in den Untersuchungsgefängnissen. Damit ist aber dem Unwesen der „Budgethops“ noch keineswegs endgültig gesteuert. Wenn auch in Deutschland vorerst die Reihen der Mitglieder dieser edlen Kunst durch den mit den zahlreichen Prozessen verbundenen Wohnungswechsel unfreiwilliger Art gelichtet sind, so üben doch immer noch eine ganze Anzahl ihr Gewerbe aus, und vor allem wird vom Ausland — Frankreich und England — das deutsche Publikum in geradezu gemeingefährlicher Weise durch Schwindelbankiers um seine Spargroschen betrogen. Eine Veränderung des Wesens dieser „Budgethops“ und der Art ihrer Geschäftsgebarung dürfte deshalb wohl am Platze sein.

Günstig ist folgendes wichtig: Das Geschäft des anständigen Bankiers, der für seine Kundenschaft Kauf- und Verkaufsanträge in Wertpapieren vermittelt, ist, daß er diese Aufträge, so wie er sie erhält, an der Börse ausführt. Hierfür erhält er die ordentliche Provision. Er ist gänzlich uninteressiert daran, welche Papiere sein Kunde kaufen will und wird sich in der Regel nur Papiere empfehlen, von deren Güte und von deren Zukunftsaussicht er überzeugt ist, da er nur ein Interesse daran hat, daß der Kunde bei ihm verdient und ihm treu bleibt. Anders der „Budgethop“. Er tritt ebenfalls unter der Maske des ehrlichen Bankiers auf, wendet sich mit Preisen an Leute, denen er vollkommen fremd ist, und teilt ihnen mit, daß er in der Lage ist, ihnen Wertpapiere zu kaufen und bei denen der Betreffende, falls er seinem Rat folgt und sie ankaufen läßt, ein kleines Vermögen verdienen muß. Warum er diese Chance nicht allein für sich ausnützt, sondern durchaus andere daran partizipieren läßt, verrät der edle Menschenfreund nicht. Natürlich gehen auf ein solches Anerbieten stets viele Leute ein, die ihre spärlichen Einkünfte in solchen schlechten Zeiten gern vermehren wollen. Antworten sie nicht sogleich zustimmend, so kommt ein weiterer dringlicher Brief des „Bankiers“ und schließlich eine Depesche, die den Empfänger dringend auffordert, den günstigen Augenblick der unmittelbar bevorsteht, nicht zu verpassen. So viel Aufmerksamkeit besiegelt nun meistens den Betreffenden, wenn er eben den Geschäftsbetrieb der Schwindler noch nicht kennt. Er läßt schnell so viel Geld an den „Bankier“ ein, wie er flüssig hat und läßt die Papiere kaufen. Nun wird er aber eine unangenehme Überraschung erleben, denn seine Papiere werden in den meisten Fällen nicht steigen, sondern eher fallen. Denn im Gegenfall zum soliden Bankier, der eben nur als Vermittler im Sinne des Befehles für die an der Börse zur Ausführung gelangenden Aufträge zum Ankauf von Effekten auftritt, führt der Schwindler, der an der Börse gar nicht zugelassen ist, diese Geschäfte gar nicht aus, sondern macht sie, wie der Handelsdruck lautet, „in sich“. Die Folge ist, daß ihm nicht reichlich ist, ob die Aktien des Kunden steigen oder fallen. Denn, steigen sie und müßte somit der Kunde verdienen, so müßte der „Bankier“, der die Aktien ja gar nicht gekauft hat und sie also, wenn der Kunde sie mit Gewinn verkaufen will, gar nicht für ihn verkaufen kann, den rechnungsmäßig entstehenden Gewinn aus seiner eigenen Tasche zahlen. Deshalb empfiehlt er den vornherein nur Papiere, deren Kursverlauf er leicht beurteilt und bei denen keine Aussicht vorhanden ist, daß der Kunde verdienen kann. Er schädigt somit dessen Interesse — im Gegensatz zu dem nach kaufmännischen Treue und Glauben handelnden soliden Bankier — bewußt. Verliert nun der Kunde, dann streicht der „Bankier“, der es ja nur darauf abgesehen hat, den Verlust als seinen Gewinn ein. Kommt aber einmal ein Fall vor, daß das Papier, das dem Kunden empfohlen wurde, wider Erwarten steigt und so sich rechnungsmäßig für den Kunden ein Gewinn ergibt, so weiß der Schwindler mit großem Geschick den Kunden davon abzuhalten, sich das Geld auszahlen zu lassen; er verwickelt ihn wieder in neue Geschäfte und ruht nicht eher, bis er den letzten Pfennig von dem Gelde des Arglosen in der Tasche hat, wobei er durch geschickte Kurse und falsche Stempel- und Kostenberechnungen noch nachhilft. Jedenfalls sieht der Mann, der einem solchen Schwindler sein Geld anvertraut hat, nie auch nur einen Pfennig davon wieder.

Darum sollte für jeden, der seine Spargroschen besser anwenden will, die denkbar größte Vorsicht dieser „Animerbankiers“ gegenüber am Platze sein. Bei jedem glänzenden Angebot, das einem von unbekannter Bankseite gemacht wird, sollte man sich zunächst fragen, daß der Betreffende, wenn er von der Wichtigkeit seiner Angaben überzeugt wäre, sich wohl hätte helfen würde, wildfremde Menschen an seinem Verdienste teilhaben zu lassen, sondern daß er das Verdienen schon allein begehren würde. Für seinen Schwindel aber soll er sich andere und — zimmere ihnen.

Weitere Verbreitungen am deutschen Eisenmarkt. An der Zuffenburger Produktionsstätte vom Freitag ist es zu neuen Preisermäßigungen gekommen. Der amtliche Bericht besagt folgendes: Die Lage am Roheisen- und Koksmarkt ist unverändert. Der Eisenmarkt ist weiter still trotz billiger Preise für Eisenerze und Bleche. Die vom Roheisenverband für das erste Semester 1914 ermäßigten Preise werden erst ab Januar notiert. Die Preise für Flußeisenerze bestehen sich auf Hochpreisniveau mit 1 1/2 Prozent Skonto. Die Preise notieren: Gewöhnliches Eisenerze aus Flußeisen 95 bis 98 M. (voriger Preis 96 bis 100 M.), Weißbleche aus Flußeisen 104 bis 108 (106 bis 110), Kessellebleche 114 bis 118 (116 bis 120), Feinbleche 120 bis 125 (122 bis 127), Flußeisenerzeabtrag 117 1/2 M. (122 1/2 M.).

Die deutsche Kartoffelernte. Wie mit dem diesjährigen Erntestandesbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsvereins einleitet, ging in der Berichtswunde das Aufnehmen der Kartoffeln bei schönem trockenem Wetter voran. Mit dem Ergebnis, daß je nach Sorte und Bodenart große Schwankungen auftreten, ist man im allgemeinen zufrieden, doch wird der Ertrag sogar als reichlich bezeichnet. — Aber die Abnehmerzentrale äußert sich ebenfalls, daß die letzte Woche den Rüben wohl noch eine Zunahme an Gewicht und Zuckerhalt gebracht hat. Über die vorgenommene Rodungen entspringen indes noch immer nicht den Erwartungen. — Die Veredelung hat bei schönem Wetter wieder gute Fortschritte gemacht; es ist schon viel Koggen ausgesät, und da auch schon Weizen untergebracht. Der frühesten geernteten Koggen ist gut aufgelaufen, während sich bei der späteren Aussaat bereits Mangel an Bodenfruchtbarkeit bemerkbar macht.

Die Geschäfte der Färben. Die Hauptfinanzierungs-Gezellschaft des in der Aufstellung begriffenen „Färbenkongress“ ist ein dementsprechender Prozeß angehängt worden. Der vor sechs Jahren zusammengebrochene Bankier Karl Neuburger, der früher zu den Färben in sehr engen Beziehungen gestanden hatte, hatte sich, als er schon in Bedrängnis war, an die Handelsvereinigung mit der Bitte um ein Darlehen von 1 1/2 Millionen Mark gewandt. Entgegen einer anderen Vereinbarung wurde ihm dieses aber erst gewährt, als Neuburger unter dem Vorwand der Verbindlichkeiten sich bettel erklärte, der Forderung des Generaldirektors Holmann von der Handelsvereinigung gemäß, dieser seinen großen Bestand an Aktien einer Kautionsgesellschaft weit unter dem Tageskurs zu verkaufen. — Jetzt hat nun der Konkursverwalter der Karl Neuburger A.G. dieses Geschäft angefochten, weil es unter Ausnutzung einer Zwangsmaßnahme zustande gekommen sei, und hat gegen die Handelsvereinigung eine Schadenersatzklage von 420 000 M. angehängt.

Abkäufer industrieller Untersuchungen. Die Generalversammlung der Annaburger Steingutfabrik sollte die Dividende auf 7 Prozent fest. — Die Stahlwerk Deiling A.G. hat im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Nettogewinn von 639 000 gegen 632 000 Mark erzielt. Die Aufwendungen betragen 302 000 gegen 298 000 Mark, der Reingewinn 337 000 gegen 334 000 M. Das Unternehmen hatte während vier Monaten des Jahres unter einem Streik zu leiden; die Arbeiterzahl ging während dieser Zeit im Stahlwerk auf die Hälfte, in der Maschinenfabrik auf 10 Prozent herunter.

Börse. Die ungünstigen Berichte vom heimischen und vom amerikanischen Eisenmarkt bewirken eine Abschwächung der Haltung der Berliner Sonnabendbörse. Bei ziemlich geringfügigen Geschäftsgängen Bergwerksaktien, Elektrizitätswerke und Schiffbauaktien niedriger ein und geben im weiteren Verlauf der Börse noch etwas weiter nach. Besonders schwache Haltung bezeichnen die Aktien der zum Jahresende abgelaufenen Eisenwerke. Deutlich die Aktien der Kanabischen Pacific-Bahn hatten auf neuerer Anregung lebhafteres Geschäft und Kursaufbesserungen zu verzeichnen.

haupte die vom Staatsanwalt Dr. Gysler vertretene Anklage. Hedwig Müller hand mit dem von seinen Angehörigen als guter Junge geschilderten Georg Reimann — sie waren beide in gleichen Geschäft angeheilt — in Liebesbeziehungen. Reimann erfuhr aber, daß das Mädchen vorher schon ein Verhältnis mit einem Dr. St. gehabt hatte, und da sie auch nach weiterer mit Dr. St. zusammenkam, wurde der rasend in sie verliebte Reimann von tödlicher Eifersucht erfaßt. Die Angeklagte erklärt, daß sie unter dieser Wiersucht, die sich roh und brutal geäußert habe, sehr zu leiden gehabt habe, daß sie schließlich ihres Lebens vor Reimann nicht mehr sicher gewesen sei und sich deshalb einen Revolver und Patronen gekauft habe. Eines Nachts sei es im Tiergarten zwischen den beiden zu sehr heftigen Auseinandersetzungen gekommen, da sie dem Reimann nicht Schweigegeld in Gestalt ihrer Perlen habe geben wollen. Reimann war aus dem Geschäft entlassen worden, aber trotzdem habe sie ihn nicht loswerden können, und als sie eines Abends aus dem Hause des Dr. St. trat, habe er ihr aufgelauert und es sei zu einer furchterlichen Szene gekommen. Als nun Reimann sogar noch einen mitleidigen Brief an Dr. St. schrieb, sei sie schließlich ganz schwermütig geworden und habe beschlossen, aus dem Leben zu scheiden. Am Abend des 8. März traf sie sich mit ihm im Tiergarten; er hatte sie dahin bestellt, angeblich, um ihr den von ihm entworfenen Handschuh zu zeigen, angeblich, um ihr den von ihm entworfenen Handschuh zu zeigen, angeblich, um ihr den von ihm entworfenen Handschuh zu zeigen. Im Laufe der heftigen Auseinandersetzungen habe sie sich, ohne daß sie den erbetenen Schlüssel erhalten hätte, infolge eines Schwindelanfalls an einem Baum setzen müssen, und da habe sie die Waffe herabgeworfen. Als Dr. St. sah, habe er ihr den Revolver entziehen wollen, um sie zu erschließen und selbst nachzukommen. Dann habe sie ein Krachen gehört, wahnsinniges Entsetzen habe sie empfunden, denn sie dachte, getroffen und für ewig verdammt zu sein. Inzwischen war Dr. St. tobe getroffen. Die Angeklagte stellt es so dar, als ob sich die Waffe in seiner Hand gegen ihn entladen hätte. Diese ganze Darstellung findet sich auch schon in einer feilheitsmäßigen Lebensbeschreibung, die Hedwig Müller in der Untersuchungsakten angefertigt hat. In diesen Memoren erzählt die Angeklagte, daß sie schon als Kind die anderen Kinder beherrscht habe, als halbwüchsliches Mädchen den Tod der anderen Kinder beherrscht habe, als halbwüchsliches Mädchen den Tod der anderen Kinder beherrscht habe, als halbwüchsliches Mädchen den Tod der anderen Kinder beherrscht habe.

Soziales.

Schutz des Gastwirtsberufes. Der Ausschuss des Münchner Gewerkschaftsbundes hat sich auf Antrag des Verbandes der Gastwirtsberufes mit den Umständen im Gastwirtsberuf beschäftigt und einstimmig beschlossen, an den Landtag den Antrag zu stellen, es solle der Vertreter der bairischen Regierung im Bundesrat dahin wirken, daß in Ergänzung des § 117 der Gewerbeordnung nachstehendes weiter: Es ist unzulässig, daß von den Gastwirtsberufen besondere Abgaben aus dem Wirtschaftskreis entrichtet werden. Hierdurch soll jedoch die Hauptpflicht der Angehörigen für vorzügliche und sachliche Sachbeschädigungen nach Maßgabe des effektiven Schadens nicht berührt werden. Weiter soll an beide Kammern des Landtags der Antrag gestellt werden: Die Arbeitgeber der vom Staat verpachteten Betriebe (Bauhöfe, Kurhäuser usw.) sind verpflichtet, das Personal von den städtischen Arbeitern abzuheben, soweit der Bedarf dort gedeckt werden kann, zu beziehen. Die Entlohnung hat mindestens in der Höhe zu geschehen, wie die Verhältnisse lauten, die die Organisations mit den Privatbetrieben getroffen haben.

Veranstaltungen.

6. Kreis, 15. Bezirk. In der am 27. September im Sängerheim in Rabenau stattgefundenen Mitgliederversammlung sprach Genosse Landtagsabgeord. Herr Nieme über die Arbeitslosenfrage. Genosse Kühner gab den Kreisvorstandsbericht. Hierbei wurden die Genossen auf die im Oktober stattfindende Landtagswahl aufmerksam gemacht. Sehr scharf kritisiert wurde dabei die in letzter Zeit bemerkbar werdende Laune der Genossen bei Parteiarbeiten. Vom Bezirksvertreter und Kolporteur wurde der Stand unserer Mitglieder und Abonnementbewegung bekannt gegeben. Die Zahlen zeigten, daß noch viel zu arbeiten ist und wenn jeder mitarbeitet, es auch nicht schwer sein wird, auch die Leihen für uns zu gewinnen. Die Erwerbung der städtischen Staatsangehörigkeit müssen die Nichtsozialen nimmermehr beschleunigen, um an der nächsten Landtagswahl teilnehmen zu können. Eine längere Debatte entspann sich, als Genosse Kühner bekannt gab, daß sich einige Genossen von einem Agenten täuschen ließen, der sich in diesem Gegenstand als Genosse vorstellte, um Silber und Kupfer an den Mann zu bringen. Es gelang ihm auch, einige Genossen zu bewegen, ihm beim Auffahren der Genossen beihilflich zu sein. Da es an Warnungen durch unsere Zeitung nicht fehlte, übte man an diesem Wechseln große Kritik. Man verwies bei Bedarf von Verbindungen usw. auf unsere Volksbuchhandlung; Kolporteur Kühner nimmt Bestellungen gern entgegen. Dadurch werden die Genossen auch vor Schaden bewahrt. Ein Angebot wegen der Abhaltung eines Nichtsozialen wurde dem Aktionskomitee überlassen. Derart machte Genosse Kühner nochmals auf die Verhältnisse des Abtritts aufmerksam, was wir zwei Abnommens erhalten und forderte zugleich zu regem Gedächtnis derselben auf, damit nicht etwa Karten unbekannt bleiben. Die Karten gelten für Dienstlohn und Dinerkarten und sind beim Genossen Kühner zu haben. Beim Genossen Kühner sind neue Statuten zu haben. Der Besuch der Versammlung sowie auch die Pünktlichkeit der Genossen liegen zu wünschen übrig. (Eing. 4. 10.)

Aus aller Welt.

Die Tragödie eines Mädchens. Hg. Berlin, 3. Oktober 1913. Vor den Geschworenen des Berliner Landgerichts I begann heute der Mordprozeß gegen die 19-jährige Expedientin Hedwig Müller. Hedwig Müller, ein ausfallslos hübsches und sehr intelligentes Mädchen, hat in der Nacht des 8. März im Berliner Tiergarten den 19-jährigen Kaufmann Georg Reimann erschossen. So be-

Die bürgerliche Presse als Kupplerin. In den Straßburger neuesten Nachrichten findet sich das folgende Inserat, in dem nicht weniger als 38 Frauen für den Heiratmarkt angeboten werden:

Heirat!

1. Fräulein, 21 Jahre alt, 80 000 M.
1. Fräulein, 25 Jahre alt, 200 000 M.
10. Fräulein von 25 bis 30 Jahren mit 6- bis 30 000 M.
1. Fräulein, 50 Jahre alt, 20 000 M.
1. Rentnerin, 50 Jahre alt, 150 000 M.
1. Rentnerin, 40 Jahre alt, 40 000 M. (Katbol. Religion)

1. Fräulein, 25 Jahre alt, 250 000 M.
1. Fräulein, 25 Jahre alt, 120 000 M.
15. Fräulein, 23 bis 30 Jahre alt, mit 5- bis 30 000 M.
1. Rentnerin, 45 Jahre alt, 80 000 M.
2. Rentnerinnen, 50 Jahre alt, 25 000 M.
3. Bauernlädler, 20 Jahre alt, 27 000 M. nebst sonstigen Kleinvermögenen Fräulein und Witwen (evang. Religion). Besorgt wird alles ohne Vorbehalt durch das Bureau usw.

Die Heiligkeit der bürgerlichen Stuppelle und die sittliche Höhe der bürgerlichen Presse lassen sich an solchen Heiratmarkt-Inseraten — die wir übrigens nicht bloß außerhalb zu finden brauchen — ohne weiteres erkennen.

Fliegerkürze. Chamant, 5. Oktober. Der Militärflieger Robert Scherer stürzte gestern hier ab und wurde auf der Stelle getötet.

Kreis, 6. Oktober. Seitdem nachmittags gegen 4 1/2 Uhr Uhr die der Militärkapitän, Feldwebel Kurzer, bei Seganne ab und blieb sofort tot.

Barmande, 5. Oktober. Der Flieger Sebel wurde bei der Landung auf dem Flugplatz aus dem sich überschlagenden Flugzeug 30 Meter weit hinausgeschleudert und erlitt einen Schädelbruch, der seinen Tod herbeiführte.

Barcelona, 5. Oktober. Beim Aufstieg eines Freiballons wurde heute nachmittags ein Mann, am Heißluft hängend, mit in die Höhe gezogen. Der Ballonführer stürzte bei dem Versuche, den in Gefahr schwebenden in die Gondel zu ziehen, aus etwa zehn Meter Höhe auf die Erde und wurde getötet. Der andere stieg, immer am Seil hängend, seine gefährliche Wette nach einige Kilometer weiter fort, dann landete der Ballon, ohne daß der Mann Schaden genommen hätte. Der abgestürzte Ballonführer hinterließ Frau und fünf Kinder.

Dultung, 6. Kreis. Sammelhöhe in der Expedition 2.44 M. Mag Richter.

Bereichsversammlung. Leppersdorf im Oberen Forst, abends 8 Uhr.

Bereichsversammlung für Dresden. Zehnerbergsammlungen. Dresden-Kaufhaus und Borcke im Café Fischer, Loggauer Straße, nachm. 4 Uhr, Fischer-Trachtenberge im Wilden Mann, abends 8 Uhr, Königliche-Bellerau im Schänkele, Dippelberg, Quabitz im Café Dippelberg, abends 8 1/2 Uhr, Kabsberg im Schützenhaus, abends 8 Uhr, Herband d. Saitler u. Portefeuliers, Dresden, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im großen Volksausgasse, Oststrahlenstraße zu Dresden, abends 8 Uhr, Generalversammlung in den Reichshallen, Palmstraße 18.

Teleph. 14 880 [A 89] Linien 5 u. 7

Tymians Thalia Theater!

Göltzter Str. 6 Anf. 8 Uhr 20 Sonnt. 3 Vorst.

Sonntags 11 Uhr Pädagog. Prüfungsapparat m. Vorst. 16, 25 u. 85 Pf. Nachm. 4 Uhr kl. Preise. Kind Halbt. Donnerst. Damenkauff.

Vorankarten Wochentags u. Sonntags nachm. gültig.

